

Volksstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für den Inhalt: Wilhelm Staben, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Staben & Co., Magdeburg, Große Sandstraße 1. — Verlagspreis: 1 Mark jährlich. Für den Posttransport 1917 für die Redaktion 1917 für den Verlag u. die Druckerei 1 Mark. Postzustellungsnummer 1. Nachtrag, Seite 17.

Druckpreis: Vierteljährlich 1.00 Mark, monatlich 0.33 Mark. Bei den Buchhandlungen 1.00 Mark, monatlich 0.30 Mark ohne den Postzuschlag. Einzelhefte 0.10 Mark. — Abbestellungsfrist: 1. März. — Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter. — Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter. — Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter.

Nr. 95.

Magdeburg, Freitag den 23. April 1920.

31. Jahrgang.

Der Siegeszug des Finanzkapitals

Einer späteren Zeit ist es vorbehalten, die Zusammenhänge zwischen Deutschlands industrieller und kapitalistischer Entwicklung mit dem zum Kriege führenden Militarismus und Imperialismus klarzulegen. In dem treibhausartigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten haben die großen Bankinstitute hervorragenden Anteil gehabt. Deshalb erscheint es angebracht, anlässlich des 50jährigen Bestehens der Deutschen Bank einen Blick in das zu dieser Gelegenheit herausgegebene „Gedenkblatt“ zu werfen.

Am 9. April 1870 eröffnete die Deutsche Bank in einem kleinen gemieteten Lokal in Berlin ihren Betrieb. Das Grundkapital betrug 5 Millionen Taler, wovon jedoch nur 2 Millionen Taler aufgelegt wurden. Am 31. Dezember 1918 belief sich das Eigenkapital der Bank auf 275 Millionen Mark bei 230 Millionen Reserven und fast 243 Milliarden Jahresumsatz.

In fremden Geldern besaß die Bank nahezu 7 Milliarden Mark. Wie vollzog sich dieser Entwicklungsgang? Die Bank war ursprünglich zu dem Zwecke gegründet worden, die Geldtransaktionen des direkten überseeischen deutschen Warenverkehrs zu vermitteln, um „den deutschen Handels- und Industriezweig in dieser Beziehung unabhängig von Frankreich und England zu machen“. Sie nahm also von Anfang an eine Kampfstellung gegen die finanzielle Oberherrschaft dieser Länder, besonders gegen England, den Weltmarkt des Geldes, ein. Da Deutschland zu jener Zeit noch keine einheitliche Währung besaß, und die Großindustrie noch in ihren Kinderjahren steckte, so bedeutete der Mißerfolg dieses Planes nur, daß er um 10 bis 15 Jahre zu früh einsetzte. Außer der Londoner Zweigstelle der Bank erwiesen sich ihre Filialen in Shanghai, Yokohama, sowie die Beteiligung an der Ba-Plata-Bank zunächst als verfehlte Unternehmungen. Von wechselndem Erfolg begleitet waren ihre Beteiligungen an der Deutsch-Überseeischen Bank, der Mexikanischen Banco Central, dem

industrielle und kapitalistische Aufwärtsbewegung eine solche Intensität erreicht, daß die Deutsche Bank im Verein mit dem übrigen Berliner Finanzkapital ihren Weg unbehindert weiter schreiten konnte.

Im Jahre 1875 war Frankfurt a. M. durch Rothschild noch die Zentrale der deutschen Bankokratie, weshalb der Frankfurter „Aktionär“ von der Deutschen Bank sagen konnte, „sie stehe längst auf dem Aussterbeetat und existiere doch noch“. Bejn Jahre später hatte Frankfurt am Main vor dem Berliner und rheinischen Finanzkapital kapituliert, weshalb dasselbe Blatt die Errichtung einer Filiale der Deutschen Bank in Frankfurt a. M. als „erlösende Tat“ begrüßen durfte. Mit der Einrichtung von Depositionskassen, die jeden, auch den kleinsten Geldbesitz mit 1 bis 3 1/2 Prozent Zins „hegend“ machten, legte die Deutsche Bank wie die andern Berliner Großbanken das Fundament ihres Aufstiegs. Jetzt saugten sie nach englischem Vorbild aus tausend Kanälen in der Hauptstadt wie bald darauf im ganzen Lande, das müßig herumlungernde Kapital mit ihren Polypenarmen auf, um es der Industrie zuzuführen, Anleihen des Reiches und der Bundesstaaten zu übernehmen, und damit das

System der Staatsschulden mächtig zu fördern.

Dem über ganz Deutschland gebreiteten Netze von Filialen und der Auffangung schwacher Bankinstitute wie der Union-Bank und des Berliner Bankvereins folgte 1897 die Interessengemeinschaft mit dem Schlesienschen Bankverein und der Bergisch-Märkischen Bank. Ende 1913 hatte die Deutsche Bank mit einem 821,47 Millionen betragenden Aktienbesitz maßgebenden Einfluß bei 13 deutschen Banken erlangt; außerdem gründete sie als Kontrollinstitut die Deutsche Trennhandelsbank.

Nachdem die Bank einen Teil des deutschen Kapitals organisatorisch unter ihre Leitung gebracht hatte, war die Zeit gekommen, den ursprünglichen Plan der Beherrschung der ausländischen Transaktionen des deutschen Geldverkehrs wieder aufzunehmen. 1909 entstanden die Filialen in Konstantinopel und Brüssel. Gleichzeitig erfolgte in steigendem Maße die

Abwandlung des deutschen Kapitals

durch Anlage in ausländischen Werten. Das Vaterland des deutschen Kapitalisten mußte größer sein. Enorme Summen

wurden in amerikanischen Eisenbahnaktien, südamerikanischen Anleihen und andern Grotten untergebracht.

Die Finanzkrisis von 1893 in Australien, Argentinien, Amerika, Portugal und Griechenland erschreckte zwar den deutschen Kapitalismus, allein die Mehrwertproduktion hatte so ungeheuren Umfang angenommen, daß die kapitalistische Überfüllung durch die Überlässe der „Sanierungen“ leicht überwunden werden konnte. Die Treibhausentwicklung der deutschen Wirtschaft brückt sich deutlich in den Zahlen des deutschen Außenhandels aus. Von 1872 bis 1910 hatte sich die Einfuhr, nach dem Gewicht der Güter gemessen, um 385 Prozent, die Ausfuhr um 450 Prozent vermehrt. Nach dem Werte berechnet stieg die Einfuhr im gleichen Zeitraum um 103 Prozent, die Ausfuhr um 125 Prozent. Hätte der deutsche Kapitalismus nur einen kleinen Teil der in ausländischen Werten verlorenen Millionen der von der Sozialdemokratie geforderten Kulturaufwendung zugewendet, so hätte er sich selbst als Kulturfaktor erwiesen. Das Finanzkapital aber besaß nur

imperialistische Ausweitungstrieb,

als deren Schlüsseffekt der Weltkrieg anzusehen ist. Die Sozialreformen mit ihrer Belastung der deutschen Arbeiterklasse sollten nur ihrer Beruhigung oder vielmehr zu ihrer Einschläferung dienen.

Die deutschen Welteroberungspläne diente die Deutsche Bank durch den Ankauf der Aktien der Betriebsgesellschaft der Orientalischen Eisenbahnen, dem Baue der Eisenbahn Saloniki—Monastir, der Gründung der Anatolischen Bahngesellschaft und schließlich durch die Konzeption für den Bau der Bagdadbahn. 630 Millionen Mark wurden zu diesem Zwecke investiert. Gleichzeitig drang die Deutsche Bank mehr und mehr in die Leitung der wichtigsten Industrien ein: Die Elektrizität, Petroleum (Steama Romana, Deutsche Petroleum-Gesellschaft), Schwerindustrie und Grund- und Bodenpekulation. Mit dem andern Berliner Banken teilt sie sich in die Herrschaft über die deutsche Wirtschaft. Trotz Revolution und Republik besteht diese Herrschaft auch heute noch. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, nach Überwindung äußerer und innerer Wirren die hier kurz angedeutete Oberherrschaft des Finanzkapitals in den Dienst der Allgemeinheit überzuführen.

für Erweiterungen der Verkehrsanlagen oder für die Neuanlage für Industrien verwendbar ist. Große Werte sind dort vor Jahrzehnten investiert worden. So sind wir ganz natürlich dazu gekommen, die

nördliche Einmündung des Mittellandkanals bei Magdeburg zu fordern, denn wir sagen uns, daß der Anschluß im Norden der Stadt keine Umstellung des historischen Gewordenes bedingt. Daß wir aber dagegen bei einer Wändung des Kanals im Süden Magdeburgs auf die größten Schwierigkeiten stoßen und ungeheure Werte neu schaffen müßten, während die festgelegten Kapitalen im Norden der Stadt nutzlos stillliegen würden. Wir glauben, daß die gegenwärtige Lage Deutschlands die reifste Inanspruchnahme der angelegten Werte erfordert und daß wir uns nicht den Luxus einer Vergebung oder Brachlegung investierter Kapitalien leisten können.

Das alte Magdeburg liegt eingeklemmt zwischen zwei großen Verkehrshindernissen. Westlich befindet sich das Elbetal mit dem zwielarmigen Elbestrom. Westlich dagegen befindet sich die Eisenbahn. Will man die Südlinie nicht zwischen Magdeburg und Schönebeck in den Elbestrom hineinführen, so gibt es nur die Möglichkeit einer Umgehung. Wir Magdeburger halten den Abstieg des Kanals in das östlich gelegene Elbetal für unmöglich. Nebenfalls ist die östliche Umgehung Magdeburgs für uns aus wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gründen, besonders auch im Hinblick auf die Hochwassergefahr unannehmbar. Die Orientierung unserer Wirtschaft und Industrielebens bei einer östlichen Umgehung würde zahlreiche Ueberhebungen der beiden Elbarme und eine Erhöhung des Geländes erfordern, die Magdeburg sich in absehbarer Zeit nicht leisten kann. Ein neuer Verschiebehof mit neuen Bahnhöfen über die Elbe würde unserer Industrie den Anschluß an das Hafengelände nicht in der erwünschten Weise bringen. Neue Umschlagplätze bei gleichzeitiger Stilllegung der alten würden entstehen müssen.

Die westliche Umgehung Magdeburgs bedeutet für unsere Verkehrsanlagen auch große Schwierigkeiten. Diese werden aber leichter zu überwinden sein.

Die Stadt Magdeburg hat ihre Stellungnahme zur Linienführung aber nicht allein abhängig gemacht von diesen lokalen Gesichtspunkten, sondern sie ist den großen allgemeinen Interessen gefolgt, als sie sich für die Mittellinie entschied. Dies ist der kürzeste Verkehrsweg vom Westen zur Elbe. Die Mittellinie hat bedeutend weniger Schleifen als die Südlinie, und da der Schiffsverkehr nur als Fernverkehr in Betracht kommen kann, so wird auf die Dauer der kürzere und weniger schleifenreiche Kanal der bessere sein. Der Kanalverkehr erfordert

möglichst große und leistungsfähige Umschlagplätze

Nicht die Zahl der Verladestellen erscheint uns das Richtige, sondern der große Stapelplatz, der mit allen technischen Hilfsmitteln ausgestattet ist und der Schifffahrt wie dem Handel die erforderlichen Erleichterungen bringt. Als solche Stapelplätze haben wir Braunschweig und Magdeburg an. Diesen beiden Städten das erforderliche Hinterland zu schaffen, ist wichtiger, als in irgendwelchen kleinen Orten Güterverladepunkte in größerer Zahl neu zu schaffen. Alle diese Fragen müssen aber entschieden werden von eisenbahntechnischen Gesichtspunkten aus. Denn ob die Südlinie gebaut wird oder die Mittellinie, in beiden Fällen wird die Eisenbahn als Zubringer unentbehrlich sein. Auch die Südlinie erschließt erst dann eine neue Verkehrsmöglichkeit, wenn die Eisenbahn die Güter zum Teil aus recht erheblicher Entfernung heranrollt. Von diesem Standpunkt aus gesehen, scheint uns die Mittellinie nicht weniger Mühsachen zu haben wie die Südlinie. Man hat auf die Massengüter hingewiesen, die der Harz für die Nachfrachten liefern kann. Dabei sind auch die Eisenverformungen des Salsgitterischen Gebiets besonders genannt worden. Ein Blick auf die Eisenbahnführung jener Gegend lehrt aber, daß diese Eisenerze den Kanalananschluß nach Westen weit zweckmäßiger über Hildesheim erreichen können. Das trifft für alle aus dem Harzgebiet kommenden Güter des nordwestlichen Harzgebietes zu. Soweit aber die nordöstlichen Harzgebiete für den Kanalverkehr in Betracht kommen, wird der Anschluß über Magdeburg ebenso billig zu erreichen sein, wie bei der südlichen Linienführung.

Wir sind durchaus der Meinung, daß man das große Industrie- und Wirtschaftsgebiet von Sachsen und Thüringen dem Kanalverkehr erschließen soll. Deswegen treten wir für den Bau des

Ausflußkanals über Staßfurt und Bernburg

und Saale aufwärts bis Leipzig ein. Wir glauben, daß der untere Saalelauf reguliert und als Schifffahrtsweg verbessert werden muß. Denn die Güter des sächsischen und des Staßfurter Gebiets erreichen den Süden und Böhmen viel besser durch die Saalemündung bei Watz als über Magdeburg. Und je kürzer der Kanalweg ist, je rascher der natürliche Wassertransportweg erreicht wird, um so billiger wird sich die Fracht stellen. Worauf es aber im wesentlichen mißantommt, das ist die Wasserwirtschaft des Harzes im Zusammenhang mit dem Bau des Kanals auszugestalten. Dies wollen wir auch, denn die Mittellinie wird sie ebenso notwendig brauchen wie die Südlinie.

Nun ist eine neue Idee aufgetaucht. Man will den Kanal nicht südlich Magdeburgs in die Elbe bringen, man gibt auch die östliche Umgehung Magdeburgs auf und schlägt ein Kompromiß vor. Das besteht darin, daß die Südlinie in der Nähe Magdeburgs westlich um Magdeburg herumgeführt und dann bei Rothensee münden wird. Wenn dieses Projekt verwirklicht werden sollte, so müßten die Güter, die vom Westen kommend, die Elbe aufsuchen, um nach Sachsen und Böhmen zu gelangen, einen ungeheuren Umweg machen. Ein solcher Umweg wird aber auf die Dauer unrentabel sein und man wird sehr bald die Schleusenreppel südlich Magdeburgs zur Elbe bauen müssen. Damit aber allmählich doppelte und große Anlagelosten. Alles, was gegen

Für den Mittellandkanal.

Am Dienstag fand in Berlin im großen Festsaal des früheren Herrenhauses eine vom Minister der öffentlichen Arbeiten veranstaltete Besprechung eines großen Teiles der Mittellandkanalinteressierten unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Peters statt. Außer ihm wohnten noch andre hohe Beamte des Ministeriums der Besprechung bei, unter andern auch Ministerialdirektor Dr. Sympher. Von den verschiedenen Interessenten der Süd-, Mittel- und Westlichen Linie waren etwa 100 Vertreter von Kommunen, Handelskammern und von Verbänden aus den Kreisen der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und der Schifffahrt erschienen. Außerdem nahmen noch einige persönlich eingeladene Sachverständige an der Besprechung teil, u. a. Geheimrat Stegemann (Braunschweig) und Professor Franzius (Hannover).

Ein Ministerialvertreter gab einen Bericht über die drei Linien. Sodann wurde die Besprechung selbst eröffnet, an der sich etwa 40 Redner beteiligten. Als erster nahm

Oberbürgermeister Welms (Magdeburg)

das Wort, der ausführte:

Die Stellungnahme Magdeburgs zur Linienführung des Mittellandkanals ist gegeben durch die Entwicklung und die geographische Lage. Die alte Elbestadt paßte ihre Verkehrsstraßen den natürlichen Bedingungen an und die auf dem westlichen Elbufer gelegenen Vorstädte machten es ebenso als der Festungsgürtel sich öffnete und die Schaffung Groß-Magdeburgs begann, da vollendete sich das Städtebild mit der Orientierung des Verkehrs von Süd nach Nord. Alle Straßenanlagen, das ganze Kanalnetz lief von Süden nach Norden. Dem entsprechend siedelte sich die Industrie in den südlich-nördlich gelegenen Vorstädten an. Die Anschlußgleise suchen den Budaer oder den Neustädter Bahnhof auf. Die Eisenbahn legte den ersten Verschiebehof Budaer im Süden Magdeburgs an. Dieser ist einer Vergrößerung nicht mehr fähig. Die Eisenbahnverwaltung hat deshalb am äußersten Nordende der Stadt den großen und leistungsfähigen Verschiebehof Rothensee mit großen Kosten neu angelegt. Im Norden der Stadt liegt der städtische Handwerksplatz. Dort ist der große neue Industriehof gebaut. Im Norden der Stadt liegt auch der Grundbesitz der Stadt, der

die ständige Einmündung vom verkehrstechnischen und lokalen Standpunkt aus gesagt ist, wird auch gegen den neuen Kompromiß vorläufig zu sagen sein. Er bringt eine große Erleichterung für die Schiffahrt ohne eine Lösung der Verkehrsverwicklungen zu bringen. Deshalb fordern wir den

Wau der Mittellinie

und den Anschluß an die über Staßfurt, Bernburg nach Leipzig mit der Saaleregulierung. Die technischen Dinge zu erörtern. Sberlasse ich den dazu berufenen Sachverständigen. Ich hatte die Absicht, die großen wirtschaftlichen und lokalen Gesichtspunkte zu betonen, die für den Bau der mittleren Linienführung sprechen.

Das Gesamtbild der weiteren Erörterung gab ein starkes Ueberwiegen der Mittellinie. Die starke Mehrheit der Redner, und zwar nicht nur zahlenmäßig, sondern auch nach dem Kräfteverhältnis der von ihnen vertretenen Interessentengruppen war offensichtlich für die Mittellinie eingetreten. Ihre Anhänger können mit diesem Ergebnis voll und ganz zufrieden sein.

Das Reichsverorgungsgesetz.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf des Gesetzes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung zugegangen. Dieser Entwurf stellt die Versorgung der Kriegesbeschädigten und Kriegeshinterbliebenen zum Teil auf völlig neue Grundlagen.

Der Unterschied zwischen Kriegsdienstbeschädigung und Dienstbeschädigung fällt weg. Zur Anerkennung einer Dienstbeschädigung genügt die Wahrscheinlichkeit der ursächlichen Zusammenhänge der Gesundheitsstörung mit dem Militärdienst.

Den Beschädigten steht Anspruch auf Selbstbehandlung, ärztliche Hilfe, orthopädische und andere Hilfsmittel zu, ferner haben sie Anspruch auf unentgeltliche berufliche Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit.

Die Grundrente beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 v. H. 480 Mark, um 30 v. H. 720 Mark, um 40 v. H. 960 Mark, um 50 v. H. 1200 Mark und 120 Mark Schwerbeschädigtenzulage, um 60 v. H. 1440 und 240 Mark, um 70 v. H. 2160 und 300 Mark, um 80 v. H. 1920 und 480 Mark, um 90 v. H. 2100 und 600 Mark, bei völliger Erwerbsunfähigkeit 2400 und 720 Mark. Beschädigte, die zuletzt einen Beruf ausübten, der erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert, erhalten eine Ausgleichzulage von einem Viertel bzw. der Hälfte der Gehaltshöhe. Witwen erhalten Vollrente.

Für Kinder werden Rinderzulagen in Höhe von 10 vom Hundert gewährt, auch für uneheliche Kinder, wenn sie vor Anerkennung der Dienstbeschädigung erzeugt wurden. Außerdem erhalten hilfslose Beschädigte eine Rentezulage von 600 Mark jährlich, bei dauerndem Krankenzustand 800 bzw. 1200 Mark. Eine Abkürzung der Rente nach dem Dienstgrad des Beschädigten findet nicht mehr statt.

Das Sterbegeld beträgt je nach der Ortsklasse 150 bis 300 Mark. Die Rente wird noch 3 Monate nach dem Tode an die nächsten Verwandten weitergezahlt.

Die Witwe des Verstorbenen erhält als Hinterbliebenenrente 30 v. H. der Vollrente, die erwerbsunfähige Witwe 50 v. H. der Vollrente. Waisenrente erhalten sowohl eheliche wie uneheliche Kinder. Sie beträgt, falls die Mutter noch lebt, 15 v. H., andernfalls 25 v. H. der Vollrente des Verstorbenen. Vater, Mutter, Großvater und Großmutter des Verstorbenen haben im Falle der Bedürftigkeit Anspruch auf Elternrente. Sie beträgt für die Eltern zusammen 30 v. H., für Vater oder Mutter allein 20 v. H. der Vollrente des Verstorbenen.

Zu allen Renten auf Grund des Gesetzes werden in den Ortsklassen A bis D Ortszulagen von 10 bis 20 v. H. gewährt. Hat der Beschädigte ein Jahreseinkommen von mehr als 5000 Mark, so tritt mit der steigenden Höhe des Einkommens ein teilweises Ruhen der Rente ein, bei einem Einkommen von 14 000 Mark oder mehr ruht sie gänzlich. Dies gilt jedoch nicht von Schwerbeschädigtenzulage, Ausgleichs-, Orts- und Pflegezulage.

Das Gesetz enthält ein ausdrückliches Verbot an die Arbeitgeber, die Versorgungsberechtigten zum Nachteil des Beschädigten ganz oder teilweise auf sein Arbeitseinkommen anzurechen. Gegen Arbeitgeber, die dagegen verstoßen, können die Schlichtungsausschüsse anrufen werden.

Gegen den jetzt bestehenden Rechtszustand bringt das Gesetz zweifellos große Fortschritte, wenn es auch nicht sämtlichen Ansprüchen gerecht wird.

Die Nationalversammlung.

167. Sitzung.

Berlin, 21. April.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation Baereds (dt.-natl.) über die Maßnahmen, die die Reichsregierung gegen die anlässlich einer Kolonabstimmung von Polen angeordnete unerträgliche

Erhöhung des Durchgangsverkehrs nach Ostpreußen zu tun gedenkt.

Abg. Baereds (dt.-natl.): Unsere wenigen Rechte werden mit Füßen getreten; besonders Polen, das uns dankbar sein müßte, weil wir ihm die Selbstständigkeit verschafft haben, erlaubt sich jetzt die schlimmsten Schikanen, so namentlich in der Frage des Durchgangsverkehrs nach Ostpreußen. Wir müssen verlangen, daß der Schnellverkehrsverkehr mit Ostpreußen sofort wiederhergestellt wird.

Reichsminister des Äußern Dr. Röster: Wir müssen mit der polnischen Regierung unverzüglich zu dem endgültigen Abkommen gelangen, auf das wir nach Artikel 98 des Friedensvertrags Anspruch haben. Sonst gehen wir völlig hilflos zurück. Sein Abschluß liegt uns sehr am Herzen, aber die Polen haben den Abschluß durch taktische Manöver absichtlich hinausgeschoben. Heute haben wir aus Warschau die Nachricht erhalten, daß mit den polnischen Vertretern ein vorläufiges Einvernehmen erzielt ist, und daß der Abschluß des endgültigen Abkommens in Aussicht steht. (Hört, hört!) Mit dazu beigetragen mag die Tatsache haben, daß der Vorsitzende der Interalliierten Kommission in Marienwerder gleichfalls gegen die polnischen Sperremaßnahmen Einspruch erhoben hat. Die Sperreverbüßung bzw. die Erleichterung des Eisenbahnverkehrs hätte durch vertrauliche Verständigungen leicht vermieden werden können. Die Reichsregierung hat sofort Einspruch erhoben, insbesondere auch wegen der Behinderung der deutschen Beamten, das Land während der Sperre zu verlassen. Wir haben die polnische Regierung weiter gebeten, wenigstens den 500 polnischen Wehrbedienten die Ausreise-Erlaubnis nach Breslau zu gewähren. Heute besteht die Abordnung des Auswärtigen Amtes, des Reichspostministeriums und des preussischen Ministeriums des Innern nach Polen um über die Frage der Abreisebereitschaft der durch die Sperre in Polen zurückgehaltenen deutschen Beamten zu verhandeln. Es besteht Aussicht, die Schwierigkeiten für die Durchreise nach Ostpreußen zu mildern. Zwangsmassnahmen wie sie vorzuziehen wurden, können natürlich nur auf wirtschaftlichem Gebiet liegen. Wir haben sie schon einzeln müssen weil die Polen ihren wirtschaftlichen Verpflichtungen so gut wie gar nicht nachkommen sind. (Hört, hört!) Polen ist

mit den Kartoffellieferungen gewaltig im Rückstand, Milch hat es überhaupt noch nicht geliefert, ebensowenig Gänse und Melassefutter. An Mineralöl hat Polen kaum den siebenten Teil geliefert. (Hört, hört!) Selbstverständlich haben wir nun

und die deutschen Lieferungen unterbrochen; Zwangsmassnahmen stehen uns also nicht mehr zur Verfügung. Wir können nur durch den Ausbau der Verbindung über See mit Ostpreußen die Abkürzung ausgleichen und geben den Polen im übrigen zu bedenken, daß Polen und Deutschland aufeinander angewiesen sind, wobei Polen Deutschland sicher nötiger hat. (Sehr richtig!) Die Reichsregierung wird alles tun, um die Verbindung nach Ostpreußen und zu unsern dortigen Landesleuten technisch, wirtschaftlich und geistig möglichst eng zu gestalten. (Beifall.)

Abg. Wolff (Littl, Soz.): Die polnischen Schwärmer sind nun haarsträubender Art. Selbst den deutschen Abgeordneten Ostpreußens wurde die Durchreise schier unmöglich gemacht. Die Abschneidung Ostpreußens wirkt auf die Provinz Ostpreußen genau wie ein 100tägiger Generalsstreik auf die Stadt Berlin. Die Bevölkerung Ostpreußens wendet sich entschieden gegen das rigorose Vorgehen der Polen, aber es sind die

Rechte der jahrzehntelangen betrieblenen Polenpolitik. (Schulz (Bromberg, dt.-natl.): Unerhörte Frechheit!) Herr Schulz hat sein Recht, sich dagegen aufzuregen, denn gerade die rechtsstehenden Parteien im Reich mit der forserbait-monarchischen Regierung haben die Polen zu der Haltung getrieben, die sie heute einnehmen. (Sehr richtig! links.) Meine politischen Freunde und ich verurteilen aber das Vorgehen der Polen aufs Schärfste und wir bitten die Regierung, mit Polen und der gesamten Entente erneut Verhandlungen aufzunehmen. Weiter richten wir an die polnischen Sozialisten die Bitte, daß auch sie ihrer Regierung begreiflich machen, daß uns solche Gewaltmassregeln nur weiter aufeinander bringen, die wir doch beide aufeinander angewiesen sind. Auf diese Art wollen wir gutmachen, was gerade die Interpellanten und die alte Regierung durch ihre entsetzliche Polenpolitik gestiftet hat. (Sehr richtig! links.)

Abg. Seibstedt (Dem.): Ich bedauere außerordentlich, daß der Herr Redner die Angelegenheit in parteipolitischen Sinne behandelt hat. Wir müssen bei den Verhandlungen mit den Polen schärfere Töne finden, was wir dem neuen Außenminister anempfehlen. (Beifall.)

Abg. Dr. Fleischer (Ztr.): Die Regierung muß so schnell wie möglich kein Berlin Rat in Paris die vertragsmäßigen polnischen Maßnahmen durchkreuzen. Wenn der Oberste Rat erreichen will, daß den Kundgebungen für Völkerverbund und Recht Glauben geschenkt wird, dann muß er der polnischen Willkür ein Ende machen. Auch danach darf nicht länger unter polnischer Verkehrswillkür leiden. Der Seeverkehr nach Ostpreußen muß ausgebaut und finanziell subventioniert werden. Die Regierung muß sich zu einer tatkräftigen Intervention, notfalls auch zum militärischen Schutze bereitstellen. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Graf Dohna (Dt. Rp.) und Abg. Schulz (Bromberg, dt.-natl.) verlangen von der Regierung eine energische Haltung gegen die Polen. Den Vortritt des Abg. Wolff (Littl, Soz.), daß die alte Polenpolitik an der heutigen polnischen Haltung schuld seien, weisen sie entschieden zurück. Die auswärtige Politik muß nach Bismarckschen Grundsätzen geführt werden.

Minister des Äußern Dr. Röster: Keins der beiden Zusatzprotokolle vom 9. Januar gibt der polnischen Regierung die geringste Handhabe zu Forderungen über den Friedensvertrag hinaus. Wir werden niemals aufhören, Danzig und die Danziger in höherem Sinne als einen Teil unsers Staates und unsers Volkes zu betrachten, ohne aber zu dulden, daß unter dem Deckmantel nationaler Sentiments wirtschaftliche Schiebungen vorgenommen werden.

Reichsminister des Innern: Den Angriffen der Rechten gegen die Regierung wegen der Wahl des neuen Außenministers stelle ich die einfache Tatsache gegenüber, daß Herr Dr. Röster von allen Männern, die in Frage kamen, der für geeignetste betrachtet werden mußte. (Anrufe und Zurufe rechts.) Wenn Sie (nach rechts) einen Bismarck in der Weltentafel haben, dann heraus damit. (Sehr gut!) Wir können das Amt auch keinem Diplomaten anvertrauen, der bei aller Tüchtigkeit sich durch seine Tätigkeit unter dem kaiserlichen Regime im Ausland unmöglich gemacht hat. Und gegenüber dem Ruf nach Rückdiplomaten verweise ich darauf, daß die tüchtigsten ausländischen Staatsmänner wie Millerand, Lloyd George, Nitti und so weiter auch keine diplomatische Vorbildung hatten. Falls ich die Behauptung, als ob Kameradschaftskartelle bei dieser Verurteilung mitgewirkt hätten. Von mir und dem Herrn Reichspräsidenten kann ich erklären, daß der außerordentliche Verkehr mit Herrn Dr. Röster keine 24 Stunden betrug. Und wenn Herr Schulz sagt, wir hätten das Schwert zu früh aus der Hand gelegt — wer hat denn darauf gedrungen, daß der Waffenstillstand sofort abgeschlossen werden müsse, und wer hat durch fortwährende Hintertreiben jeder Verständigungspläne das unalliierte Ende des Krieges heraufbeschworen?

Die Herren von der Rechten und von der Vaterlandspartei waren es, und unfruchtbar ist darum dieser Vorwurf. Ich habe zu dem Herrn Minister des Auswärtigen das Vertrauen, daß er der geeignete Mann für diesen Posten ist, wenn er auch nicht was ihm der Abgeordnete Schulz zum Vorwurf macht, dem Parlament enthiemt. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Henke (Unabh. Soz.): Ich möchte meinen, daß gerade Herr Schulz mit dem neuen Außenminister sehr zufrieden sein müßte, der mit und meinen Freunden so nationalitätlich ist, daß wir kein Vertrauen zu ihm haben können. Aber Herr Schulz kommt es ja nur darauf an, in letzter Stunde noch eine nationalitätliche Rede zu entfallen. Was, was Polen uns heute zuzufügen ist eine Folge des ihm früher zugefügten Unrechts. (Sehr richtig! links.) Polen läßt sich heute zweifellos von Nebandiegeln und von kapitalistischen Interessen leiten, aber das ist nur die polnische Regierung, und darum müssen wir dem deutschen Volk sagen, daß es sich durch die verbänantypische Politik der polnischen Regierung nicht zu einem nationalitätlichen Gange verlieren läßt von Leuten, die es einst genau so gemacht. Ungefähramt muß mit dieser nationalitätlichen Ideologie wenn möglich mit Wahl, notfalls aber auch ohne Wahl. Wir fordern von dem neuen Außenminister, der sich selbst einen Sozialdemokraten nannte, daß er die Worte Karl Marx' beherzigt, daß für den Verkehr der Völker dieselben Grundzüge maßgebend sein müssen wie für den Verkehr der einzelnen Individuen. Wir müssen dem deutschen und dem polnischen Arbeiter sagen, daß die Zukunft nicht der nationalitätlichen Verheerung, sondern der großen Idee des Internationalismus gehört. (Bravol bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Damit ist die Interpellation erledigt.

Das Gesetz über die Verlängerung von Potenzen und Gebrauchsmulten wird in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Reichsausgleichsgesetzes, wonach die vor und während des Krieges fällig gewordenen Verbindlichkeiten zwischen Deutschen und Angehörigen der ehemals feindlichen Staaten durch Vermittlung von Bräutigams- und Auswärtigenämtern geregelt werden.

Abg. Dr. Richter (Dt. Rp.) stellt als Berichterstatter mit Freude fest, daß bei dieser Vorlage alle Parteipolitik gelassen hat.

Das Gesetz wird nach kurzer unwesentlicher Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung eines Entwurfs eines Gesetzes über die Veranlagung der Einkommensteuer.

Das Einkommensteuergesetz selbst soll auf Beschluß des Reichsausschusses nicht mehr erachtet werden da die nötige Zeit dafür fehlt. Es sind daher nur die Bestimmungen dafür herausgenommen worden, die sich auf die Veranlagung des Zuwachses nach dem geltenden Einkommensteuergesetz und auf die Veranlagung zum Reichsnotenertrag beziehen.

Abg. Keil (Soz.) fordert eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes dahin, daß die Ermächtigung der Veranlagungskommission, zu entscheiden, ob Vereinnahmungen kulturfördernde und milde Zwecke verfolgen, gestrichen wird. Die

Hinauschiebung der Verabschiedung des Einkommensteuergesetzes selbst bedauern wir zwar aus menschlichen Interessen, während uns aus Parteierwägungen daran nichts gelegen sein kann; denn wir haben dadurch Gelegenheit, unsern schon in der ersten Beratung im obem abweichenden Standpunkt in den Wahlen in die Debatte zu werfen. Namentlich in bezug auf die Verschwendungsteuer, wie wir die steuerliche Erfassung eines übermäßigen Aufwandes mit Recht nennen, kommt uns dies gelegen. Wir hoffen, daß das Volk dieses vom Reichsrat gestrichene und von der Mehrheit des Hauses fallen gelassene Gesetz in den Wahlen erzwingt und unsern auch in den übrigen Fragen über den bisherigen Kassensandwurf hinausgehenden Anträgen einen entsprechenden Bescheid erteilt. (Beifall.)

Ein Regierungsbekanntmachung hält die vom Abg. Keil vorgebrachte Änderung für wünschenswert.

Der Entwurf wird in zweiter Lesung angenommen.

Nachträglich auf die Tagesordnung gestellt wird dann ein Antrag aller Parteien auf Gewährung von Teuerungszuschlägen für die Eisenbahnarbeiter und Bergbauarbeiter.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth stimmt trotz der finanziellen Belastung, die mindestens 2 Milliarden Mark betragt, dem Antrag zu. Wir stehen mitten drin in einer neuen großen Lohn- und Gehaltsbewegung, deren erste Welle hier in der Nationalversammlung in Erscheinung tritt; die zweite Welle wird ihre Wirkung bei der Reichsbesoldungsreform zeigen. (Hört, hört!) Will man die Zuschläge geben, dann muß man sie rasch geben, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Sowohl der Reichsbesoldungsminister als der Reichspostminister sind sich mit mir darüber klar, daß es bei den finanziellen Konsequenzen dieses Antrags, die mindestens 2 1/2 Milliarden Mark betragen, nicht bleiben wird, sondern daß andre Zweige der Verwaltung nachfolgen werden.

Abg. Dr. Pachnide (Dem.): Durch immerwährende Lohn-erhöhungen verbessern wir die Wirtschaftslage nicht, wir erzielen damit nur weitere Steigerungen der Warenpreise, was wiederum neue Lohnforderungen nach sich zieht. Nur eine erhöhte Arbeitsleistung kann uns retten, deshalb fordern wir erneut ein Schlichtungsgesetz, das die Mittel bieten soll, um Streiks zu vermeiden. (Sehr richtig! bei den Demokraten.)

Abg. Biey (Unabh. Soz.): Die Generale, die Herr Pachnide gegenüber den Arbeiterforderungen angewandt haben, möge, sollte besser gegen die wucherischen Preissteigerungen der Schwerindustrie und der Großagrarien angewandt werden; denn die Arbeiterforderungen sind nur eine notwendige Folge der unfruchtbar steigenden Warenpreise, die durch die wucherischen Gewinne der Kapitalisten verursacht sind. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.)

Abg. Koyur (Soz.): Streidrohungen sind nicht im geringsten erfolgt. Wenn Herr Pachnide darauf hinweist, daß man mit den fortgesetzten Lohnforderungen aufhören müsse, dann muß ich doch darauf hinweisen, daß es gerade keine Partei war, die immer die Anpassung der deutschen Warenpreise an den Weltmarktpreis verlangt hat. Da ist es doch eine selbstverständliche Folge, daß auch die Arbeiterlöhne den Weltlöhnen sich anpassen.

Wenn jetzt über eine neue Streikwelle geklagt wird, so erinnere ich, daß es gerade in der Zeit vor dem 13. März war, wo allgemein die Streike zurückgingen, der Umsturzversuch von Kapp und Wittich trägt auch hier unheilbare Schuld. (Erregte Zurufe von der Rechten.) Von dieser Stelle aus wurde einst das Wort geprägt „Not kennt kein Gebot“. Was damals für das Reich gesagt wurde, gilt auch für den einzelnen; wenn der Arbeiter seine Familie nicht mehr versorgen kann, so ist es selbstverständlich, daß er die Hilfe nur in steigenden Löhnen sehen kann, und wenn ihm die verlangt werden, muß er sie erzwingen.

Abg. Raden (Ztr.): Wir werden dem Antrag zustimmen, weil wir ihn für berechtigt halten.

Abg. Degler (dt.-natl.): Früher war es nicht üblich, Milliardenforderungen im Handumdrehen zu erledigen. Das ist eine Errungenschaft des neuen Systems. Trotzdem stimmen wir zu.

Finanzminister Dr. Wirth erklärt, die Regierung übernehme die Verantwortung für die Ausgabe.

Abg. Neumann (Dt. Rp.): Wir bedauern außerordentlich, daß die Arbeiterforderungen wieder getrennt, und zwar vor den Beamtenforderungen erledigt werden sollen. Die Beamten warten bereits viel länger auf das Besoldungsgesetz, aber hier droht man bereits über unverschämte mit dem Streike. Dieser Weg der Abtötung bringt unübersehbare Folgen, wir sind demzufolge in dieser Stunde nicht in der Lage, dieser Vorlage zuzustimmen.

Der Antrag wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel, Wahlgesetze.

Preußen und die Reichseisenbahnen.

Die Preussische Landesversammlung stimmte am Mittwoch dem Staatsvertrag zu, nach welchem die preussischen Eisenbahnen auf das Reich übergehen sollen. Dazu hat sie dies nicht, denn ein Sold der preussischen Selbstständigkeit geht damit verloren. Diese Trauer wohl in den Reden von der Tribüne wie von der Muffelbank zum Ausdruck. Die Mehrheitsparteien versicherten indessen auf den Bedrängnissen und sprachen nur verschiebene Wünsche aus, deren Erfüllung sie von der neuen Reichsverwaltung erwarten. Genosse Neumann (Maadeburg) verlor die Berücksichtigung der Eisenbahnen- und Beamtenforderungen. Bemerkenswert war die lokale Haltung der Deutschnationalen; sie zogen ihre Abdrängungsanträge zurück und traten für die Vorlage ein. Dagegen bestand die Deutsche Volkspartei auf ihrem Verlangen, die Abtötung anzuzugehen und nochmals von Staat zu Staat über den Vertragsinhalt, namentlich über die Verbandsbarkeit der Eisenbahnen zu verhandeln, die sie ablehnten. Minister Decker nahm in einer längeren Rede Abschied von der wichtigsten Verwaltung seines Reichs. Sind erst einmal die Eisenbahnen Reichseigentum so bleibt dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten nur noch ein sehr schmales Tätigkeitsfeld. Dieser verteidigte sein Mandat, den Staatsvertrag, und beruhigte die aus dem Hause gestohlenen Bedenken damit, er habe mit dem Reichsverkehrsminister dauern im lebhaften Gedankenaustausch gestanden und dieser sei über Kreuzens Bedürfnisse völlig orientiert.

Die Unabhängigen spekten wieder die unentworfene Opposition, wie sie im Reichstag gegen Deutschland die französischen Interessen vertreten. So sprach Paul Hoffmann in der Landesversammlung für das Reich und gegen Preußen. Schließlich wurde aber die Vorlage unter Ablehnung der Anträge der Unabhängigen und des Ausganges der Deutschen Volkspartei in zweiter und dritter Lesung angenommen. Am Donnerstag wird sich das Haus mit der Appelljurisprudenz und der Mietordnung beschäftigen.

Provinziallandtag.

Die neue Geschäftsordnung wird nach einigen kleineren Änderungen angenommen. Ein Einspruch der Unabhängigen gegen die Wahlen im Stadtkreis Achersteben wird abgewiesen.

Bei der Beratung des Haushaltplans berichtet Genosse Bergemann (Kolbe) über die Ausgaben: Die aufgestellten Zahlen haben heute kaum noch Geltung. Es ist aber von Veränderungen abgesehen worden, sondern man hat statt dessen einen Ausgleichsplan von 5 Millionen Mark zur Verfügung des Provinzialauschusses eingestellt. Der Fehlbetrag des Jahres 1919 in Höhe von 5 715 000 Mark ist ebenfalls neu einzusetzen. 2,5 Millionen Mark sind mehr für das Straßenwesen aufzuwenden, 304 000 Mark mehr für das Landes-

Wir können bis Pfingsten noch
Herren-Anzüge nach Maß
 — gute Stoffe und gute Verarbeitung —
 von **Mark 750** an liefern.
Max Heymann & Co.
 G. m. b. H.
 Fernspr. 3271 **Rollenhagenstr. 3, II.** Fernspr. 3271

Gelegenheitskauf für Wäschereien!
 1 autom. Oberhemdbügelmaschine, 1 Wäschepflege-Maschine mit autom. Momentandrückung, 1 Bündchenmaschine, sämtlich mit Gas heizbar, sehr gut erhalten, 1 Wäscheregal mit Glaschiebetüren, 240x185x55, preisw. zu verkaufen. Beschäftigung von 9 bis 10 Uhr. **Saffelbachstraße 10, Eing. Prälatenstraße.**

Preiswertes Möbel-Angebot
 Ich habe noch einige sehr preiswerte, ganz besonders schöne Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Salons, Küchen angeboten. In Anbetracht des Wunders alle Tage teuer werden bitte um Beschäftigung.
Möbel-Palast Gustav Jentzsch
 Magdeburg, Breitenweg Nr. 150
 Fernsprechtelefon 2108
 Vertikalkalender 3419
 Versand nach allen Orten Deutschlands.

Maurerarbeiten
 aller Art werden fachgemäß ausgeführt
Aug. Häger
 Magdeburg-Fermersleben
 Mitte-Fermersleben 24, II.

Uhren
 werden sauber und preiswert repariert.
Otto Müller, Uhrmacher,
 Alte Neustadt, Weinberg 48.

Umpresshüte
 für Damen und Herren schnell und preiswert.
Schwarz u. Buntfärberei
 Lina Radelt, Olvensteed, Str. 26.

Frauenhaare
 Kaufe ich auch die Kleinsten **3.00** bis **4.00**
 Posten von **100 Gramm** an.
Damen, die besond. langes, ausgekämmt
 Haar haben, erhält **1.00** Gr. **5.00**
Willi Träbert, Prälatenstraße 18
 gegenüber Vedders Buchhandlung.

Kücheneinrichtungen
 von 600 bis 4000 Mk., Gas-
 stüben von 4500 Mk. an, ein-
 richtungsbau, Wabstimmer,
 Schmelzherd, Gasse,
 Kühlschrank, Chaiselongues
 preiswert.
Fey, Schönholzer Straße 28.

2 neue Reform-Wettstücken
 mit Matrizen zu verkaufen.
Peters, Rühlstr. 19, B. I. 22.

Altpapier
 Zeitungen usw. kauft höchstahrend
Herrn. Leisner, Kleine Münz-
straße Nr. 4
 Telefon 7350.

Kunstsgegenstände, mod.
 sowie Antik, Gold u. Silber-
 schmuck, wie Uhren, Ketten, Ringe,
 Ohrring usw., alle Mühen, ganze
 Sammlungen, auch einzelne
 Stücke kauft und hebt die
 höchsten Preise. **G. G. G. G.**
Pfeilsberg Str. 58, 1103.

Gänseküken
 sind in großen Transporten eingetroffen.
 Wegen großer Zufuhren jetzt
billiger.
Franz Schulze, Gr. Münzstr. 5
 Eingang im Laden,
 5 Minuten vom Hauptbahnhof — Fernsprecher 3713.

Mäntel, Reifkappe,
 fertigt preiswert u. schnell an.
L. Seng, Moldenstr. 48, I.

Neuer Blusenrock stütz zu ver-
 kaufen. **1114**
Lentze, Moldenstr. 49, I.

Zu verkaufen:
 1 Fahrrad mit Schläuch, ohne
 Mäntel, 1 selbstgrauer Wäcker,
 1 Spiegel mit Goldrahmen.
 Verkauf, Freitagm. 33. Br.
Steniger, Schmidtstraße 53.

Gänseküken
 täglich bei **889**
G. Hinske, Langenweddingen,
 dicht am Bahnhof — Tel. 430.
Mittwoch u. Sonnabends
 Restaurant zur Hölle,
 Ebbichhofstraße.

In Futter-
 Kistchen und
 Pflöcken verkauft
H. H. H. H.
 Eubend., Halberstädter Str. 75
 (Gasthof v. Ra. inner Strich). 1118

Schellfisch, Kaviar,
Seelachs, Dorsch
 Pfund **2.00** im Aus-
 schnitt **2.50**
Bräun, Pflöcken, Bänder, la. Fleckheit pp. **6.00**
Berta Weiss, Große Jägerstraße 1.

Wir zahlen ab heute:
1/1-Weißwein, Rotwein,
Rognat-Flaschen ... Stück 35 Pf.
1/1-Beit-Flaschen ... Stück 50 Pf.
 Brunnen-, Milch-, Portwein-, Burgunder- sowie
 sämtliche 1/2, 3/4, 1-Liter-Flaschen.
Altmetalle | Altpapier
 Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Zink, Eisen, Aluminium, Stanniol u. Glasflaschen
 Zeitungen, Zeitschriften, Altpapier, Geschäftspapier, Pappabfälle, Papierabfälle sowie sämtl. Sort.
 werden bawernd gegen beste Bezahlung angenommen. — 813
Magdeburger Abfall-Sammlung
 Große Münzstraße 13, Eing. Rutscherstr. — Tel. 2094.
 Abholung erfolgt kostenlos durch unser Geßpann.

Stadttheater.
 Sonntag den 25. April
 Anfang 11 1/2 Uhr
3. literarisch-musikal. Weibestunde
 Zyklus Die Gemeinschaft der Einsamen (Shakespeare).
 a) Einführung: Herr Intendant Heinrich Vogeler.
 b) Joh. Gabriell: 8stimm. Tonsatz, ausgeführt von Mitgliedern des Orchesters.
 c) Titus Andronicus (3. Akt, 1. Szene), Herr Albert Friedrich.
 d) Joh. H. Schein, 5stimm. Favane, ausgeführt von Mitgliedern des Orchesters.
 e) Richard II. (5. Akt, 4. Szene), Herr Fritz Schmith.
 f) Joh. Eccard: 5stimm. Tonsatz, ausgeführt von Mitgliedern des Orchesters.
 g) Sonette, Frau Thea Maria Lenz.
 h) Ori. Gibbons: Madrigal „Der sterbende Schwan“ (Worte von Shakespeare) gesungen von Frau Preiser-Locke.
 i) Hamlet, Monologe 1. und 3. Akt, Herr Paul Rudolf Schultze.
 k) Palestrina, 7stimm. Tonsatz, ausgeführt von Mitgliedern des Orchesters.
 Ende gegen 1 Uhr.

13 Bajazzo-Automaten
 zu verkaufen. Geeignete für Aussteller auf dem Aus-
 stellungsplatz Halberstädter Straße. Offerten unt. N. D. 1225
 an Rudolf Woffe, Magdeburg.

Fürsten-Café
 mit hochelegantem
Winter-Palmen-Garten.
 Täglich nachmittags und abends:
Vornehme Salon-Musik.
 Wein-, Likör- und Mokka-Zimmer.

Gekrönte Häupter Buchhandlung Volksstimme
 a 40 Pf.

Walhalla Lichtspiele
 Magdeburgs vornehmste Lichtspielbühne.
 Heute und folgende Tage
Madame Dubarry
 der größte französische Revolutionsfilm
 aus der Zeit König Ludwigs XV.
 7 Akte In den 7 Akte
 Hauptrollen:
Pola Negri
 als Geliebte des Königs
Reinhold Schünzel, Harry Liedtke
Die Blauschützen
 ein romantisches Jagdabenteuer in 2 Akten
 mit
Paul Hartenstein
 in der Hauptrolle.
 Erhöhte Eintrittspreise!
 Spielzeit wochentags von 6 bis 10 1/2 Uhr,
 Sonntags von 3 bis 10 1/2 Uhr.

Anbiete vom Lager
deutsche Tafel-
schokolade 1154
 in verschiedenen Preislagen,
 Kakao, Schokoladenpulver,
 Fruchtgummibonbonen
 und viele andere Artikel.
 Bitte Preisliste fordern.
Adolph Behrendt,
 Magdeburg, Bismarck-
 straße 11. Fernspr. 7153.

Englische und deutsche
Zigaretten
 aus bestem Tabak,
Zigarren
 rein Heberles
Zigarillos
 sehr preiswert.

Reiner Rauchtabak
 Feinschnitt, Primb 25 Pf.
Robert Frey
 Tabakwaren-Großhandl.
 Schönefelder Straße 94.
 Günstiger Einkauf
 für Wiederverkäufer.

Robhaarstangen und
Schweineborsten kauft
 preislich Ernst Fried, Bürsten-
 fabrik Goldschmidtstraße 34.

Erfinder verlangen kosten-
 los die 52seitige
 Broschüre **Erfinder**
 Begleiter m. wertv.
 Nachschl. v. Patentbureau
 Böhme, Halberstadt.

Fürstenhof-
Prunksaal.
 Nur noch bis 28. April
Gastspiel Vedders
Der fidele Bauer
 Anfang 7 Uhr.

Ulmärter Hof
 Weinberg 11. 118
 Freitag, Sonnabend, Sonntag
 10, 4 und 8 Uhr **Orch. Preisfest**

Südrestaurant
 Bier-Preis-Stat.
 Metaph. kräft. Mittags-
 und Abendessen a 1.50 Mk.
 Galt u. Logierhaus, Alte
 Poststr., Schwertfegerstr. 22, 805

Zentraltheater
 Abends 7 Uhr
Sterne, die
wieder leuchten

Stadttheater
 Freitag den 23. April
 3. Abend **Geisse** Karten
Die beiden Schützen.
 Anf. 7 Uhr. Ende nach 9 1/2 Uhr.
 Sonnabend
Die Reise in die
Waldenzeit.

Wilhelm-Theater
 Freitag 7 1/2 Uhr
 Gastspiel des Stadttheaters
Jugend.
 Sonntag
Die Starbäckstüch.
 Montag den 26. April
 Ehrenabend für das gesamte
 Chorpersonal
Cha, das Fabrikmädel.

Stephanshallen
 Direktion Rich. Froberg
 Erstklassige Varieté-
 Vorstellungen
 sowie Aufführung von nur
 801 einwandfreien
 Volkstücken.

U. T. Lichtspiele U. T.
 Gr. Storchstraße 7
Die Herrin der Welt
 5. Teil: Ophir
 Stadt der Vergangenheit.
 Hauptrollen: M. a. May, H. Merendorf, Michael
 Rohner, P. Hanson, H. Hofmann. 815
 Alle 4 Teile hintereinander bei Einzel-
 wochenl. Wochentag
 Dienstag u. Freitag
 6. Teil: 23.-26. April
 7. Teil: 27.-30. April
 8. Teil: 1.-4. Mai
 9. Teil: 5.-8. Mai
 Programmierung: Werktags 8 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
 Bitte, notieren Sie sich die einzelnen Spieltage!

Dorf-Lichtspiele
Ihr letzter Tanz
 Schauspiel in 5 Akten.
 Hauptdarsteller:
 M. a. de Jongh, Ed. Eysend, Eise Schwarz,
 Reinj. Pasch, Fritz Berger. 811
Drei Dolche im Stein
 Detektivdrama in 4 Akten
 Dr. Eduard Rothkäufer als Detektiv
 Fred Dorn.

Raucht Bonitas!

Kammer-Lichtspiele
 Ab Freitag, 23. April
 und folgende Tage:

Tiefeland
 nach dem spanischen Drama von Antonio
 Guiterra für den Film bearbeitet —
 5 Akte
 mit Gesangsbelegungen aus der gleichnamigen
 Oper von Eugen Albert, gesungen von
 Konzertängerin Ellen May, Braunschweig,
 früheren Hofopernsänger Maria Hansen.
 Musik. Leitung: Kapellmeister Paul Wiegand.
Lotte Neumann
 Helga Molander, Emil Birron, Rudolf Albrach
 in
Der Weg der Grete Lessen
 Schauspiel in 4 Akten.
 Beginn: Wochentags 6 Uhr, Sonntags
 3 Uhr, der Abend-Vorstellung
 8.30 Uhr. — Ende 10.45 Uhr. 115

Zirkus-Lichtspiele.
 Die Sensation der Saison:
 Der erste expressionistische Film:
Das Kabinett des Dr. Caligari
 Schauspiel in 6 Akten. — Hauptrollen:
Werner Krauss — Fritz Fehr
Konrad Veidt — Lil Dagover
 Der modernste, aktuellste, gewagteste Film,
 den die Welt je gesehen hat.
 Dieser Sensationsfilm lief mit unvergleichlichem
 Erfolg vier Wochen im „Marmorhaus“ Berlin.
Der Verführer
 Drama in 4 Akten mit M205
Kamilla Hollay, Norbert Dan.
 Spielzeit: Wochentags von 6 bis 10.45 Uhr
 Sonntags von 3 bis 10.45 Uhr
 Beginn der Abend-
 vorstellung 8.30 Uhr

Lichtspiele
 Heute und folgende Tage
Panorama-Lichtspiele
Eva May in
Eine Frauenbeichte
 Tragödie in 4 Akten.
Charly Bill
 Erstes Abenteuer
 des Verbrechers Charly Bill.
 5 Akte.
 In den Hauptrollen:
Cilli Bauer, — Julius Brandt
 Anfang Sonntags 8 Uhr, Ende 10.45 Uhr
 Beginn der Abend-
 vorstellung 8.30 Uhr

Tonbild-Theater
 Ein Walzer von Strauß
 tief ergreifendes Lebensbild
 — 4 Akte —
 Hauptdarsteller:
 Margt Barney
 Franz Cornelius Fritz Schröder.
Der Klub d. Weiberteufel
 Lustspiel in 3 Akten
 In den Hauptrollen:
 Johanna Ewald, Erich Sandt.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. April 1920.

Zusammenbruch oder Wiederaufbau?

In einer öffentlichen Versammlung in Craeou, die sehr gut besucht war, referierte am Dienstag der Parteipräsident Genosse K r i e b e r über das Thema „Zusammenbruch oder Wiederaufbau?“. Da das deutsche Volk bald an die Wahlurnen gehen wird, um durch Abgabe des Stimmzettels an dem Aufbau des Wirtschaftslebens mitzuarbeiten, erlucht er die Anwesenden, sich zu vergewissern, wer und vor allem welche Parteien an dem entscheidenden Abend, das über uns heringebrochen ist, schuld sind. Nicht der 9. November 1918, sondern jene Politik, die bis dahin von den Machthabern, von dem an Ueberhebung leidenden Militarismus geführt wurde, hat den Zusammenbruch verschuldet. Als dieses System zusammengebrochen war, hätte keine andere als die Sozialdemokratische Partei den Ruf, das Steuer des Staatschiffes in die Hand zu nehmen. Wo waren jene „Edelsten der Nation“, die Konservern, die sich heute beschönigen und über weiß noch wie nennen? Die Wahlen zur Nationalversammlung brachten der Sozialdemokratie nicht die zum Regieren erforderliche Mehrheit. Die Folge war, daß die Regierung sich gezwungen sah, mit den Demokraten und dem Zentrum eine Koalition zu bilden. Wenn daher die Politik der Nationalversammlung die sozialdemokratischen Wünsche nicht restlos erfüllte, so lag das an den gegebenen Verhältnissen. Trotzdem ist vieles geschaffen worden. Redner erinnert an die Kämpfe Ende 1918 und Anfang 1919, die die neugebildete Regierung im Innern des Landes zu führen hatte. Daß dadurch nicht so intensive Arbeit geleistet werden konnte, ist selbstverständlich.

Nachdem sich dann ein kleiner Aufschwung bemerkbar machte, hielt es nun, die Forderungen der Entente zu erfüllen. Eine der Forderungen, die innerpolitisch die schwersten Folgen haben mußte, war die auf Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher. Es war ein politischer Erfolg und ein Verdienst der Regierung, daß sie die Aburteilung der Kriegsverbrecher vor einem deutschen Gerichtshof durchzuführen vermochte. Dadurch ist der Bürgerkrieg vermieden worden.

Weiter ging der Redner auf die Schwierigkeiten, die die Regierung in der Kriegsgefangenenfrage zu lösen hatte, ein. Auch diese wurden überwunden. Sodann streift er mit einigen Worten den Marx-Bußsch, der wieder von den Deutschnationalen, diesen sogenannten Patrioten, hervorgerufen wurde. Dar jedes Verantwortlichkeitsgefühl haben die „Edelsten und Besten der Nation“ das tiefleidende deutsche Volk in neues Elend gebracht.

Keine Regierung kann jetzt die wirtschaftliche Not beseitigen, kann die wirtschaftlichen Auswirkungen des 3-jährigen Krieges verhindern. Wir brauchen, um für die Zukunft Lebensmöglichkeiten zu schaffen, demokratische Politik und demokratische Mitarbeit aller Volksschichten.

Genosse Krüger ging dann auf die Steuerpolitik ein. Daß der Arbeiter mit seinem Einkommen das Steuerzahlen viel härter empfindet als die Leute mit hohem Einkommen, ist selbstverständlich. Die Partei sollte verantwortlich zu machen, daß schwere Steuerlasten zu tragen sind, freit weder Politik noch Einsicht.

Jede Diktatur, ob von rechts oder links, lehnt die Sozialdemokratische Partei ab. Durch Demokratie zum Sozialismus, das ist die Parole, mit der die Sozialdemokratische Partei in den Wahlkampf hineingeht. Reicher Weisfall lohnte den Referenten für seine Ausführungen.

In der Diskussion sprachen dann noch ein Genosse sowie ein junger Student. Letzterer konnte sich mit der Steuerpolitik der Regierung nicht einverstanden erklären, die seiner Ansicht nach den Kapitalismus zu sehr befaßt. Ferner ist er nicht damit einverstanden, daß es den Ausländern so leicht gemacht werde, in Deutschland zu studieren. Nachdem Genosse Krüger in sachlicher Weise entgegengetreten war, wurde die gewöhnlich verlaufene Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Eine Bekanntmachung des Oberpräsidenten.

Der Regierungs-Kommissar G ö r z i n g erläßt folgende Bekanntmachung:

Sämtliche von den Militärbehörden oder von mir in meiner Eigenschaft als Reichs- und Staatskommissar auf Grund des Belagerungs-Zustandes erlassenen Verordnungen bleiben bis auf weiteres bestehen.

Wer diesen Anordnungen zuwiderhandelt oder andre zur Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird gemäß der Verfügung des Reichspräsidenten vom 11. April 1920, soweit die bestehenden Gesetze nicht eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnisstrafe oder Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark bestraft.

Oberbürgermeister Reimarus 7.

Der frühere Oberbürgermeister Dr. Reimarus ist heute nacht gestorben. Das schwere Herzleiden, das ihn zu Beginn des vergangenen Jahres nötigte, sein Amt niederzulegen, hatte sich so verschlimmert, daß er in den letzten Wochen nur selten das Haus verlassen konnte. Es wurde die Ursache seines schnellen Hinscheidens. Oberbürgermeister Reimarus war am 29. Januar 1867 in Steinfurt geboren, hat also ein Alter von 52 Jahren erreicht. Ueber die Hälfte seines Lebens hat er im Dienste der Stadt Magdeburg zugebracht. Im August 1886 wurde er zum besoldeten Stadtrat von Magdeburg gewählt. Im Jahre 1908 wurde er zum zweiten Bürgermeister berufen. Als vier Jahre später Oberbürgermeister Lenze als Finanzminister in das preussische Ministerium berufen wurde, wurde Reimarus sein Nachfolger im Amt als Oberbürgermeister. Neun Jahre hatte er dieses Amt wahrgenommen.

Oberbürgermeister Reimarus' Bedeutung lag in seiner gewissenhaften, klug abwägenden Verwaltungstätigkeit. Als Redner in öffentlichen Stadtverordneten-Sitzungen liebte er die ungeschminkte Form, wurde gemeinlich auch durch und Inorrig, was ihn aber weder bei seinen Freunden noch bei politischen Gegnern im Ansehen schädete. Man fand Gefallen an seiner Art.

Sozialdemokratischer Verein.

Bezirk B e l e r h ä s e n. In der Mitglieder-Versammlung am 19. April sprach Genosse Voigt über die kommenden Reichstagswahlen. Er ging zunächst auf den Kapp-putsch ein und behandelte darauf die Stellung der Sozialdemokratie zu den rechts- und linksstehenden Parteien im kommenden Wahlkampf. Notwendig sei, daß die Parteigenossen den Wahlkampf mit Zuversicht und Ausdauer führen. Denn dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Unter Punkt Verschiedenes wurde noch die M a i f e i e r erörtert. Die Genossen und Genossinnen beteiligten sich an der Feier im „Berkentrag“. Nachmittags findet im Gasthof zum goldenen Schiff ein Festball statt.

Und trotzdem Kleingeldnot!

Das Reichsfinanzministerium gibt eine Uebersicht der Präzedenzen des Reichsmünzgesetzes heraus, die in den deutschen Münzstätten bis Ende März hergestellt wurden. Danach sind bisher herausgebracht worden: Aus Eisen für 46 660 207,20 Mark Fünfpfennigstücke, für 22 050 484,10 Mark Zehnpfennigstücke, außerdem für 48 209 582,70 Mark Zehnpfennigstücke aus Zinn; aus Kupfer für 9 198 225,56 Mark Zehnpfennigstücke und für 15 904 390,52 Mark Fünfpfennigstücke; aus Aluminium für 18 319 757,50 Mark Fünfpfennigstücke und für 507 249,50 Mark Einpfennigstücke.

Land, Leute und Industrie in Oberschlesien.

Ueber dieses Thema sprach in einer gut besuchten Versammlung des Verbandes der heimatsreuen Oberschlesier Herr Dr. Friese (Reuthe). Oberschlesien ist kein rein polnisches Sprachgebiet. Noch vor wenig Jahren gab es in Oberschlesien keine Polenfrage. Erst als polnische Beamte aus Polen, polnische Rechtsanwälte, Studenten, Apotheker, Ärzte und Redakteure ins Land kamen, begann der Haß. Demnach waren im Jahre 1912 89 Prozent der zur Reichstagswahl abgegebenen Stimmen deutsch. Jetzt in des Vaterlandes tiefer Not wollen großpolnische Verführer die mit dem Reich engverwachsene Provinz abtrennen. wollen ernten, was andre gesät haben. Wenn aber Oberschlesien zu Polen kommen würde, dann erziehen dem ober-schlesischen Arbeiter in den hunderttausenden Arbeitslosen, in den Sachseingängern, dem Kaufmann in den galizischen Händlern Lohndrücker und Konkurrenten. Was der Weltkrieg verschonte, würde der Bürgerkrieg vernichten. Das reiche Land würde vernichtet werden und gänzlich verarmen. Die Gleichgültigen wollen wir anfeuern, alle Jugendlichen ermutigen, mit neuer Kraft uns zum Kampfe rüsten und uns bereit halten, damit keiner fehle, wenn der Ruf der Heimat ertönt. Reicher Weisfall belohnte den Redner.

Der Untersuchungsausschuß für die Provinz Sachsen.

Das preussische Staatsministerium hat durch den Minister des Innern die Oberpräsidenten ersucht, für das Gebiet ihrer Provinz unbenutzlich einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Beschwerden nachprüfen soll, die gegen mittlere und unmittelbare Staatsbeamte aus Anlaß des Kapp-putsches vorgebracht worden sind. Die Zuständigkeit des Ausschusses erstreckt sich auf sämtliche preussischen Beamten der Provinz. Ueber die Frage, ob der Ausschuß auch für die Reichsbeamten und die Angehörigen militärischer Organisationen zuständig sein wird, schweben noch Untersuchungen mit dem Reich. Der Ausschuß wird aus einem Mitglied des Oberpräsidiums als Vorsitzenden, einem Mitglied aus der Zahl der sonst in der Provinz beschäftigten Beamten und je einem Mitglied aus den drei Koalitionsparteien nach Zustimmung der zuständigen Parteioptionen bestehen. Der Ausschuß hat das gesamte Material zu sichten und darüber zu entscheiden, in welchen Fällen ein Disziplinarverfahren gegen Beamte durch die ihnen vorgesetzten Dienstbehörden einzuleiten ist. Zum Vorherrschen des Ausschusses für die Provinz Sachsen ist der politische Referent im Oberpräsidium, Reg.-Rat Dr. Hänischel, zum Beamtenmitglied der Postsekretär Genosse W e i n e r t (Magdeburg) ernannt worden. Die Ernennung der drei Parteimitglieder wird erfolgen, sobald die Vorschläge der Parteien eingegangen sind.

Mästeren in Zukunft 1,50 Mark?

Wom Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haarzweiges wird geschrieben: „Vor 8 Wochen wurde im Friseurzweige ein neuer Tarif mit einer Lohnerhöhung bis zu 90 Prozent abgeschlossen. Das Tarifgeld wurde abgeschafft. Die Gehilfenschaft hat diesen Tarif wieder gekündigt und fordert eine neue Lohnerhöhung von weiteren 80 Prozent. Sollte die Forderung angenommen werden, so wird man für Mästeren in Zukunft 1,50 Mark zahlen müssen.“ Diese Notiz ist auf Anregung der Arbeitgeber in Nummer 22 des „General-Anzeiger“ publiziert worden. Mit dieser Art Forderungswagen erreichen die Arbeitgeber nur, daß eine Verminderung ihrer Kundenschaft eintritt. Eine Lohnerhöhung von 80 Prozent ist auf Grund der Lenkung gefordert worden, denn von dem jetzigen Wochenlohn von 80 bis 100 Mark kann keiner bestehen. Das Mästeren soll dann von 60 Bq. auf 1,50 Mark erhöht werden; demnach ständen sich 80 und 150 Prozent (!) gegenüber. Vom Haarschneiden ist nichts erwähnt worden und es ist anzunehmen, daß auch hier ein Aufschlag von ungefähr 25 Prozent zu rechnen wäre. Hier wird eine bedeutende Preiserhöhung als unbedingt erforderlich hingestellt, während auf der andern Seite Arbeitgeber, die Mitglied in der Friseur-Zwangsgewerkschaft sind, nicht die von der Annahme festgesetzten Mindestpreise innehalten und noch für 40 und 60 Bq. rasierten und Haare schneiden für 1,50 Mark, trotzdem sie ihrem Personal den tarifmäßigen Lohn zahlen. Wie sieht es nun mit der Rasur für 1,50 Mark?!

Zum Streik der Brauereiarbeiter wird uns vom Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter folgendes geschrieben:

Am 3. Februar wurden vom Schlichtungsausschuß 3 Wöhne festgesetzt von 130 Mark für gelernte und 115 Mark für ungelernete Arbeiter pro Woche. Diese Wöhne sollten gelten bis zum 31. März. Für die Arbeiterchaft war dieser Schlichtungsspruch unannehmbar, weil die Differenz zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern, die seither 5 Mark betragen hatte, mit einem Male auf 15 Mark erweitert wurde. Auch die Brauereier lehnten den Schlichtungsspruch ab. Nach weiteren Verhandlungen kam dann am 12. März der Vertrag zustande mit 130 Mark bzw. 125 Mark. Als Bindungstermin für die Wöhne wurde der 31. Mai festgesetzt. Alle Vorbedingungen daß diese Tarifzeit zu lang ist, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse härter seien als der Wille der Vertragskontakten, daß man geradezu durch diese langen Bindungen zum Tarifbruch kommen mußte, blieben erfolglos. Die nun von der Regierung beschlossene Erhöhung der Bierpreise um rund 100 Prozent, in der Hauptsache auch die Unmöglichkeit, mit dem Lohn auszukommen, veranlaßte die Brauereiarbeiter, neue Forderungen zu stellen. Es wurde verlangt, für die ersten beiden Lohnwochen des April 30 Mark pro Woche Zuschlag und vom 15. April an ein solches von 80 Mark. Nach fruchtlosem Verhandlung erklärten sich die Brauereien für den Monat April 150 Mark als Ausgleich gegen zu zahlen und vom 1. Mai an den Lohn um 60 Mark pro Woche zu erhöhen. Diese Zulage von 60 Mark hielt sich hoch an, doch darf man dabei nicht vergessen, daß einschließlich dieser Zulage ein Stundenlohn von nicht ganz 4 Mark ab 1. Mai herauskommt. Die angegebenen Zugeständnisse wurden aber unter folgenden Bedingungen gemacht: Arbeiter dürfen die Arbeit nicht verweigern, wenn Nischen, Fachstellen usw. verlangt wird. Diese Arbeiten wurden jedoch in den allermeisten Fällen von den Böttchern verrichtet. Die Böttcher stehen aber seit 14 Tagen im Streik. Man wird es daher verstehen, wie eine solche Zumutung auf die Arbeiter wirkt. Die lange Zeit bis zum Abkling des Tarifs, die vollständig ungenügenden Löhne und dann noch ein solches Anfinnen haben die Brauereiarbeiter veranlaßt, ihr schärfstes Kampfmittel, den Streik, anzuwenden. Mit überwiesender Mehrheit wurde er beschlossen. Wir hoffen, daß die Brauereien einschn werden, daß ihr Angebot nicht ausreichend ist, und daß sie vor allen Dingen mit solchen Zumutungen, wie sie hier geschildert sind, bei der Arbeiterschaft auf den schärfsten Widerstand stoßen. Die Sympathie der organisierten Arbeiterschaft dürfte angesichts dieser Verhältnisse den streikenden Brauereiarbeitern gewiß sein.

Verband der Bach- und Steindruckerei-Gilf-arbeiter.

Der Streik des Gilfpersonals der Kartonagenfabrik Firma Gebrüder Walter ist zur Briedenheit des Personals beigelegt worden.

Gestohlen wurden: aus einer Werkstatt in der Dreieckstraße 3 Meter dunkelgrüner braungeprägelter Herrenanzugstoff;

aus einer Wohnung in der Richard-Wagner-Straße drei echte Perleperleppiche; aus einer Kirche in Eudenburg eine Altardecke, eine große seidene Decke mehrere Altardecken; Fahrrad „Drembor“ (Damenrad) Nr. 794743, mit gelblich-warmem Schutzblech, „Raumann Germania“, nach oben gebogene Lenkvorrichtung, in der Königgräber Straße, „Czefflor“, nach unten gebogene Lenkvorrichtung mit Jollerband unweit, Rahmen schwarz, Felgen gelb, „Drembor“ Nr. 1833, schwarzer Rahmen, aus einem Hause in der Querstraße.

Männerlicher Heberfall.

Die an der Wasserfrontstraße belegene Spiritusfabrik wird in letzter Zeit während der Dunkelheit immer von Dieben heimlich, die es auf den dort lagernden Spiritus abgesehen haben. Um diese Diebstähle zu verhindern, findet eine Bewachung der Fabrikanlage durch Beamte der Sicherheitspolizei statt. In der Nacht zum 21. d. M. liegen über die Umzäunung des Grundstücks mehrere Personen, welche auf die Beamten, als sie diese bemerkten, sofort Schüsse aus Pistolen oder Revolvern abgaben, aber keinen Herbei trafen. Die Beamten erwiderten das Feuer und jagten die Eindringlinge dadurch in die Flucht, wobei diese eine selbige Mütze, 1 Paar Handschuhe, 1 Paar Turnschuhe, einen leeren Sack, einen Strick, zwei Knüttel und drei Karoflaschen zurückließen. Ausgeschossen ist es nicht, daß von den Eindringern, die in der Dunkelheit unerkannt entkommen sind, jemand verletzt ist. Sachdienliche Nachricht erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 59, wo die zurückgelassenen Sachen in Augen-schein genommen werden können.

Den Vork zum Gärtner gefest.

Bei der Firma Bolle waren die Arbeiter Albert Busche und Paul Richter als Wächter angestellt. Sie benutzten ihr Amt, um Messing und Kupfer zu stehlen und das gestohlene Gut dann später in Geld umzusetzen. Ihre Verschwendung brachte die Angelegenheit ins Tageslicht. Das Landgericht erkannte gegen jeden der beiden Angeklagten auf 4 Monate Gefängnis.

Unerlaubter Ruder-„einlauf“.

Die jugendlichen Arbeiter Adolf Rühhorn, geb. 1902, Rudolf Stegelitz, geb. 1908, Karl Rose, geb. 1900, Walter Mangold, geb. 1901, Willi Pospich, geb. 1900, und Max Rühhorn, geb. 1900, sämtlich aus Magdeburg, überstiegen am Abend des 20. Mai v. J. den Lattenzaun des Güterbahnhofs Alle Neustadt, öffneten einen dort stehenden Güterwagen und entwendeten daraus mehrere Sack Ruder, nahmen sie mit nach Hause, wo er später beschlagnahmt werden konnte. Das Landgericht verurteilte R. Rühhorn zu 1 Monat 2 Wochen Gefängnis, Stegelitz zu 2 Wochen, Rose zu 6 Monaten, Mangold zu 1 Monat, Pospich zu 5 Monaten und Max Rühhorn zu 7 Monaten Gefängnis.

Gestohlen wurden: der wohnungslose Arbeiter Otto Mählisch,

der in der Nacht zum 20. d. M. hier in verdächtiger Weise mit Eindrehwerkzeug und Schußwaffen betroffen wurde; die Arbeits-burschen Paul Bernhardt, Albert Witolajewski und Rudolf Wolf von hier, welche gemeinschaftlich in der Nacht zum 14. d. M. in eine Drogerie am Weiten Weg eingedrungen sind und eine große Menge Waren verschiedener Art gestohlen haben; der wohnungslose Arbeiter Hermann Sinte, der mit dem Helfer Erich Rath Halberstädter Straße 7 a. in der Nacht zum 18. d. M. in der Goldschmiedebude dabei betroffen wurde, wie er die Vabentür eines Goldwarengeschäfts gewalttätig zu öffnen im Begriff war; die polnischen Arbeiter Joseph Ehrlich und Franz Gaskil, welche am 20. d. M. hier größere Mengen außerhalb geschlossener Wurf und Schmalz im Ausfad tragend betroffen wurden.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein. Bezirk B e l e r h ä s e n. Freitag den 23. April, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung der Bezirksfunktionäre und Vertrauensleute S. P. D. im „Electrischen Funten“. Große Geduldort Straße. Vertrauensleute S. P. D. Am Mittwoch den 28. April, abends 7 1/2 Uhr Sitzung in dem bekannten Lokal. Bildungsausschuß der Jungsozialisten (Jugendgruppe der S. P. D.). Der Vortragabend am Freitag 23. April wegen des Ballabendabends in der Luffschule aus. Karten im Jugendsekretariat. Arbeiter-Jugendbund Magdeburg. Die Probe zum Elternabend am 2. Mai findet nicht am Sonnabend sondern am Sonntag vormittag 10 Uhr im Jugendheim statt.

Theater, Konzerte etc.

Besprechungen.

Konzerte. Die Volks-Singakademie Magdeburg veranstaltete gestern im „Soffäger“ ihr 32. Konzert in Form eines Richard-Wagner-Abends. Das Programm behandelte die Tätigkeit des Dirigenten Albert Matiausch als Orchesterleiter, gab aber zugleich dem Verein Gelegenheit, seine künstlerische Fähigkeit durch einzelne Exkurse zu beweisen. Das künstlerische Orchester bildete das Fundament für alle Darstellungen, zu denen die Solisten Albrecht von Almann, Paula von Florentin, W e b e r und Luise E n z i n g e r in einzelnen Nummern beitrugen. Das Programm berücksichtigte „Tannhäuser“ mit der Ouvertüre und dem Einzug der Gäste, ferner den „Fliegenden Holländer“ in gravierenden Szenen, in denen die genannten Solisten in ihrer künstlerischen Stellung und Bedeutung zusehender Partizipieren sich hören ließen. Der Solist Albrecht von Almann ist zu betonen, als daß sich noch Neues über ihn schreiben ließe. Seine bewegliche Range hinterließ auch jetzt wieder einen tiefen Eindruck. Mit gleichem Erfolg ließ sich Paula von Florentin-Weber auch hören. Luise Enzinger war in guter Präzision gefungen. Sehr vielen Anteil schenkte Goldes Liebesobst beim Publikum zu finden, was bei der tiefenmühen Art der Solistin Paula von Florentin-Weber auch zu erwarten war. Der Eindruck von Botans Abschied, den Albrecht von Almann sang, wurde durch das exakte spielende Orchester noch verstärkt. Ein sehr guten Abschluß fand der Abend durch den Wachs- und Schlußchor aus den „Meistersingern“. Gleichzeitig mit diesem Konzert der Volks-Singakademie gab unser heimischer Pianist Hans Weidlich einen Klavierabend in der „Stabmision“. Er spielte Sachen von Brahms, Schumann, Chopin und Liszt. Wir haben schon sehr langem Hans Weidlich Kunst anerkannt, der die alten Meister mit Vorliebe spielt. Seine Meisterschaft liegt in der Hervorhebung des Charakteristischem des einzelnen wie auch dessen Schicksal. Chopin und Liszt haben einen grund-berlebenden Charakter, bescheidenen Reiz und Schumann. Und dies schon bei den ersten Akkorden herauszufühlen zu lassen, ist Kunst, die nicht jeder, auch vortreffliche Spieler besitzt. Hans Weidlich besitzt dieses Können und wird neben seiner oft gerühmten Technik auch weitere Erfolge damit haben. Bei der Stimmigkeit unserer Konzertpublikums, guten Künstlern gegenüber, ist ihm dies auch wohl zu gönnen.

Volkskonzertabend. Der Arbeitsausschuß für Volkstum ließ an seinem zweiten Abend von der Bedeutung der Kunst für uns Deutsche von heute reden und singen. An Stelle des verbliebenen Direktors vom Kaiser-Friedrich-Museum führte ein illustriert ausgewähltes Ensemble deutscher Bau-, Bildauer- und Maler im Lichtbild vor; F. E. K o e d e m a n n e r registrierte das Vorspiel auf dem Theater aus dem „Faust“ und Hans Sachsens poetische Sendung, und E. W a n g e r sang unter Begleitung des Pianisten W i l t e E l e d e r von Schumann, Schubert, Böwe und ein Stück aus den „Meistersingern“. Alle Darstellungen waren mit Geschmack ausgeführt und wurden in vollkommener Weise ausgeführt. Die Kunst kann auch an ihrem Ziele dazu beitragen, das zusammengebrochene deutsche Volk wieder aufzurichten, und es in seinem harten wirtschaftlichen Kampfe zu stützen.

Wittensbücher der Direktoren.

Stadttheater. Dritte literarisch-musikalische Weltstunde betreffend. Die dritte Weltstunde am Sonntag den 25. April wird Schafspeare gewidmet sein. Nach dem einleitenden Vortrag, den Herr Intendant Vogeler selbst halten wird, werden Herr Albert Friedrich, Frau Theodora Lang und Herr Fritz Schmidt gewählte Dichtungen und Frau Dreiter-Lode einen Gesang zu Gehör bringen. Die musikalische Anordnung der Weltstunde ist von Herrn Dr. Engelke mit besonderer Sorgfalt gewahrt worden. Es werden nur Tonstücke zu Gehör kommen, die Schafspeare bekannt waren, aber doch bekannt sein konnten. Zunächst wird eine herrliche doppelstimmige Karfreitagsmusik (Doge, Jagott, Korn, Doline, Biola, zwei Celli und Bass) des großen Venetianers Joh. Sobrieti (1597), ferner eine martiale Pavana des Thomas-tantors Joh. S. Cabel, ein tief melancholischer San Joh. Corradis während des Monats aus Richard II., ein wunderbares Madrigal von Orlando Gibbons (auf Schafspeares Worte) gefungen von Frau Dreiter-Lode, und zum Schluß einer der schönsten Epilog-Pastorale, der herrliche Schlußtag des Rika Doyce Macrelli zum Vortrag gelang. Der Anfang ist wiederum auf 11 1/2 Uhr festgesetzt worden. Eintrittskarten sind in den üblichen Klassen am der Tageskasse zu haben.

Stadttheater. Heute Freitag: „Die beiden Schützen“. Sonnabend: „Nesse in die Rädcherei“. Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr: 3. literarisch-musikalische Weltstunde (Schafspeare); abends 5 Uhr: „Parfisi“.

Bühnen-Theater. Von dem für heute angekündigten halbeschen Liebesdrama „Jugend“ kann vorläufig nur diese eine Aufführung stattfinden.

Paula Müller-Charlotte Familien-Theaterabend beginnt Sonnabend den 1. Mai im „Soffäger“. Vorverkauf 7 Tage im voraus ab Donnerstag 1122

Provinz und Umgegend.

Für die Malfeler!

Berliner, die sich ohne auswärtigen Bedner behelfen, steht Material zur Verfügung, das auch der weiteren Ausgestaltung des Festes dienl. Anfragen erhalte man an den Bezirks-Bildungsausschuss Magdeburg, Gr. Mühlstr. 8, II.

Russische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte.

Die in den Gefangenlagern Gabelstein, Salzwedel, Queblinburg, Herbst und Werleburg noch befindlichen Internierten (ehemalige russische Kriegsgefangene) können nach bestimmten, vom Reichsamt für Arbeitsangelegenheiten festgestellten Bedingungen in landwirtschaftliche, gewerbliche und gewerbliche Betriebe als Arbeitskräfte verwendet werden. Die Antragsunterlagen sind gegen Einsendung eines freigegebenen Briefumschlages von den Gefangenlagern, den öffentlichen Arbeitsnachweisen oder dem Verband der Arbeiter in Sachsen-Anhalt, Abteilung Ausländervermittlung, Magdeburg, Wreiter Weg 246, 8 Treppen, zu beziehen.

Parteinachrichten.

(Zeitenpreis 30 Pfennig, Betrag vorher einfordern.)

Obendorf. Sozialdemokratischer Verein, Sonnabend den 24. April, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung.
Klein-Otterleben. Freitag den 23. April, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung bei Schilke.
Wolmirstedt. Freitag den 23. April, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in der „Stadt Prag“.

Kreis Wanzleben.

Groß-Otterleben, 22. April. (Herausforderung.) Durch die Gemeinde sollte in diesem Jahre eine Verteilung des zur Verfügung stehenden Kartoffelüberschusses vorgenommen werden. Zu diesem Zweck war eine genaue Feststellung der Bedarfszahlen erfolgt; die Gutbesitzer wurden dann bei den Verhandlungen durch ihre Zustimmung verpflichtet, 10 Prozent ihrer ihnen zur Verfügung stehenden Anbaufläche als Kartoffelfeld zu verpachten. Die einzelnen Familien wurden durch die Gemeindevorwaltung den Bestigern überwiesen. Ging nun im allgemeinen die Verteilung sehr langsam vor sich, so war die Erbitterung der Frauen am Mittwoch aber erst recht zu vernehmen. Herr Köhners Vertreter stieß einfach harten Familien 1/4 Morgen; ja er verweigerte sogar zu der Unzufriedenheit, die von der Gemeinde ausgehenden Scheine zu zerreißen. Herr Graumann gibt auch nicht das ihm von der Gemeinde auferlegte Geld heraus, ebenso nicht Herr Schulze und Herr Nische. Sind die Herrschaften etwa bisher zu launig angefaßt? Glaubt man den Otterlebern alles bieten zu können? Wir warnen vor einer Ueberstimmung des Hagens. Es können sich auch bei uns Zustände herausbilden, die hernach nicht wieder einzureufen sind. Jedenfalls muß jedem Arbeiter die Möglichkeit gegeben werden, seinen Bedarf zu decken; bei einigem guten Willen ist das auch zu schaffen. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß wir es für einen großen Fehler halten, daß von dem Zeitpachtader Zwei-Morgen-Parzellen verpachtet wurden. Werkstättenweise aber schimpfen dieselben Leute, deren Vertreter den Antrag auf Zwei-Morgen-Zuteilung gestellt hat, am meisten auf die jetzigen Zustände. Es muß auch ausgesprochen werden, daß viele unterer Klassenangehörigen immer wieder hinterlistig finden, um andre bei der Zuteilung von Acker zu bevorzugen. Bei der allgemeinen Knappheit muß auch Rücksicht auf andre genommen werden. Ein Teil der Schuld an der ungleichmäßigen Verteilung trifft wohl auch die Verteilungskommission. Donnerstag früh hat sich nun eine Kommission, geführt von den Frauen, die bei der Verteilung unzufrieden geblieben, zu den betreffenden Bestigern begeben. Ueber das Ergebnis sind wir noch nicht unterrichtet. Das aber ist schon ausgesprochen: Sollten die Bestiger nicht einlenken, dann müssen die Landarbeiter und Landarbeiterrinnen ihre Solidarität mit ihren Klagenangehörigen zeigen, indem sie zu dem äußersten Mittel, dem Streik, greifen. Unser Gutbesitzer müssen erst mal lernen, wie Abmachungen zu halten sind.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Die Abstammung in Ost- und Westpreußen.

Kabel am 27. Juni hat. Abstammungsberechtigte, die sich in den Kreisen Neuhaldensleben und Wolmirstedt aufhalten und sich noch nicht bei der Arbeitsgemeinschaft, Polizeiwachtmittelern in I. Odenstedt Kreis Wolmirstedt, gemeldet haben, müssen dies bis 1. Mai nachholen. Sonst darf fernbleiben. Freie Eisenbahnfahrt erhält jeder Abstammungsberechtigte bis zu seinem Abstammungsort und nach der Heimat zurück.

Obendorf, 23. April. (Gemeindevorstellung.)

Trotz der reichhaltigen Tagesordnung — es fanden 11 Punkte zur Verhandlung — wurden alle Vorlagen erledigt. Unter anderem sind nun auch die Klagen auf dem Friedhof abgehandelt. Es gibt nur Grabstellen zum Preise von 100 Mark zu kaufen. Begraben wird nun der Reihe nach. Im Lode wenigstens sind wir alle gleich. In nichtöffentlicher Sitzung wurden dann die Gehalte der Gemeindeangestellten erhöht. Es wurden von mehreren Seiten Klagen über die Ortspolizei laut. Bei den Waffendiebstählen war es ihr das ganze Jahr hindurch nicht einmal möglich, einen einzigen dieser Spitzbuben zur Anzeige zu bringen. Jeder muß seine Pflicht tun und erst recht die Polizei. Auch davon, daß die Waffendiebstähle krumm und schief gebogen, zerbrochen und sogar geköhnt werden und daß in den Feuerwehrröhren Löcher geschlagen sind, so daß Kinder hineinfallen können, hat die Polizei noch nichts gemerkt. Jetzt beginnt man sogar damit, die Telegraphenleitungen zu fällen.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Angenraber.

(42. Fortsetzung.)

Als er sich zu dem beiden Mädchen an den Tisch gesetzt hatte, eine alte Magd das Essen auf.
„Sephel“, sagte der Bauer.
„So“, sagte die Alte.
„Da hab'n wir ein' neue Dirn' kriegt.“
„So?“
„Deni heißt's.“
„Deni?“
„Is der Burgerl' g'lieb' aufg'nommen.“
„Aham!“
„Ja, deru, sie soll heut' noch in der Gäststüb'n schlafen.“
„Freilich.“
„S' Weitzer muß sich halt schämen.“
„Is es ja.“
„Dah' s' Bett g'richt' wird, hab' ich schon der Kraudel g'sagt.“
„G'sagt.“
„Schau Du nach, ob auch all's in Ordnung is.“
„So“, sagte die Alte und schickte so schwerfällig hinweg, wie sie gekommen war.
„Aber, Vater, sie kann ja doch heut' gleich in mein' Stübchen schlafen“, sagte Burgerl, auf Magdalena weisend. „Du hast Dich jetzt schon d' längst' Zeit her behoffen, gönn' Dir ein' Stück und bleib' herunt', sie geht schon mit mir.“
„Weider, Burgerl, es ist d' erst' Nacht“, entgegnete der Vater.
„Das Kind mach' eine ungeduldige Gebärde. Einmal muß's ja doch zu mir.“
„Freilich wohl, aber so ohne Arg mit; morgen ist ja auch ein Tag, da kann man sie bedeuten.“
„Rein“, rief heftig die Kleine dazwischen.
„Denn war, wenn's Dich heut' so überkommt.“
„Ja, fürcht' nit“, sagte Burgerl, doch schauerte sie leicht zusammen. „Rag sie nur mit mir gehn.“

Kreis Seerichow 1 und 2.

Burg, 22. April. (Keine Annahmlichkeit) ist es, wenn Bewohner eines Stadtviertels in ein andres gehen müssen, um erst von einem dort wohnenden Händler ihren Grundlofs zu holen. Und doch läßt sich das dem besten Willen nicht anders einrichten, weil ja nicht die Stadt den Grundlofs besitzt und ihn zum Verkauf an die Händler gibt, sondern weil diese ihn direkt beziehen. Früher hatte nun jeder Händler einen bestimmten Kundenkreis, meist Leute, die in seiner Nähe wohnten, und diese belieferie er. Dabei kam es denn vor, daß ein Teil der Einwohnerschaft öfter belieferie wurde als der andre. Um das zu vermeiden, hat man das jetzige Verfahren eingeführt, das allerdings für viele den Nachteil größerer Zeitversumms mit sich bringt, aber eine gerechte Verteilung auf jeden Fall gewährleistet. Es wird ja viel gegen die letzte Verteilung opponiert, aber daß die jetzt Schumpfenden still sein würden, wenn sie einmal keinen Kots bekämen, während der in einem andern Viertel wohnende Arbeitstollge solche besonnt, ist wohl kaum anzunehmen. Aber verkehrt gemacht wird ja nach Ansicht mancher Leute jetzt eben alles. Die Einsichtigen werden wohl die getroffene Einrichtung verneinen. Nicht zufrieden werden sie aber sein, wenn sie einen halb- bis dreiviertelständigen Weg gemacht haben um dann von dem Händler, trotzdem sie während der angelegten Verkaufszeit kommen, zu hören, daß kein Kots mehr da sei. Darüber muß Klärung geschafft werden. Entweder sind dem betreffenden Händler sämtliche Kunden abzugeben oder der Kots hat anderwohner gefunden, nämlich solche „ohne Kotsfort“. Die Einwohner verlangen jedenfalls, daß wann ihre Nummer aufgerufen wird und sie den weiten Weg mit dem Handwagen zurückgelegt haben, sie den Kots bekommen. Wir nehmen an, daß hier nur ein Versehen vorliegt, und daß sich solche Fälle nicht wiederholen. — Gestohlen wurden dem Arbeiter Wehler auf seiner Arbeitstelle am Kanal sein Arbeitslohn in Höhe von 200 Mark und dem Schuhfabrikarbeiter Spilne 800 Mark in Papiergeld 100 Mark in Silber und eine Damenuhr mit Kette. In Höhe von 200 Mark ist am Sonntag ein Einbruch verübt worden, bei dem der Dieben 20 Flaschen Wein und 15 Wecksticker mit Fleisch und Würstchen in die Hände fielen.

Burg, 22. April. (Schöne Agitationserfolge) einzelner Genossen aus den ersten Tagen der „roten Woche“ liegen bereits vor. Jede Genossin und jeder Genosse eifere diesen Genossen nach und verge nicht die letzten Tage zur Agitation aus, damit der Erfolg ein guter wird. — Die Klassenversammlungen der Seerichow Burg werden von jetzt an nicht mehr im Gewerkschaftshaus erledigt, sondern in der Wohnung des Kaffeehaus, Genossen Karl Grandke, Grabower Chaussee 42. — Die Hauptversammlung des Kreis-Ausschusses für Jugendpflege findet am Sonnabend abend 8 Uhr in der Mädchen-Volksschule statt.

Kleine Chronik.

Mordmord in Berlin W. Ein Kapitalverbrechen rief Mittwoch abend die Nordkommission nach der Gieselerstraße 30. Dort wurde Kaufmann Otto Eitner ermordet und beraubt aufgefunden. Von dem Täter fehlt noch jede Spur. Frau Eitner hatte Dienstag vormittag um 10 1/2 Uhr die Wohnung verlassen und sich nach ihrem in Mohndorf belegenen Grundstück begeben. Als sie abends kurz vor 7 Uhr zurückkehrte, fand sie die Wohnungstür unverschlossen. Im Herrenzimmer lag ihr Ehemann neben einem umgeworfenen Stuhle in einer Blutlache auf dem Fußboden. Der sofort hinzugerufene Arzt stellte eine schwere Kopfverletzung fest. Schädelgetrümmerung hatte den Tod des Mannes herbeigeführt. Die Leichen des Ermordeten waren alle durchwühlt. Ueber den inneren Mordtatsache war die Birkstraße, aus der Holentische das Verurteilte geräumt. Die goldene Uhr hat der Mörder seinem Opfer befallen. Auch aus der Wohnung hat er sonst keine Gegenstände geräumt. Die ersten Feststellungen haben ergeben, daß das Verbrechen wahrscheinlich um 4 Uhr nachmittags verübt worden ist. Um diese Zeit haben Untermieter Silberse in der Eitnerschen Wohnung geklopft. Mit ihr Klängen und Klopfen wurde ihnen jedoch nicht geklopft. Der Mordmörder befand sich offenbar noch in der Wohnung. Durch das Klopfen an der Wohnungstür ist er wahrscheinlich an der vollständigen Ausplünderung seines Opfers gehindert worden.

Der Schrecken des Ostens. Mittwoch vormittag wurde die Sicherheitskommission in der Frankfurter Straße in Berlin davon verständigt, daß in das Schuhwaarengeschäft Butulowski in der Großen Frankfurter Straße Einbrecher eingedrungen seien. Eine dorthin entsandte Abteilung konnte acht Einbrecher überfallen und festnehmen. Die bereits geschloffenen Schulse wurden ihnen abgenommen. Auf dem Transport zur Wache versuchte ein Einbrecher zu entfliehen, wurde aber durch zwei auf ihn abgegebene Schüsse, die aber nicht trafen, daran gehindert. Angeblich soll eine Bande von 14 Einbrechern den Einbruch ausgeführt haben. Die Einbrecher, von denen es heißt, daß sie unter dem Namen „Schrecken des Ostens“ jene Gegend besonders unsicher machen, wurden der Kriminalpolizei übergeben.

Seinen eignen Wein wieder gekaut. Die Verhaftung von zehn Weinkommisariären in Ruitadt a. d. Harz und Müßbach wegen Rettenhandels erregt in der Pfalz allgemeines Aufsehen. Oberländer Wein, der für 8000 Mark das Fuder von dem ersten Besitzer verkauft wurde, ging durch die Hände der zehn verhafteten Weinkommisariäre und wurde schließlich als Ungleiner für 12000 Mark das Fuder dem ersten Besitzer wiederverkauft, ohne daß er den Keller des ersten Verkäufers verlassen hatte. Dieser war daher sehr erstaunt, als er nach Abschluß des Kaufes erfuhr, daß der von ihm gekaufte angebliche Ungleiner Wein in seinem eignen Keller liege.

Eine amerikanische Touristenwelle. Nach Ausweis der amerikanischen Reisebureaus wird sich in diesem Frühjahr und Sommer über Europa ein amerikanischer Touristenstrom ergießen, wie man ihn bisher noch nie erlebt hat. Die Gründe für die Steigerung des Ver-

kehrs sind verschiedener Natur. Vor allem fordert der fünf Jahre unterdrückte Wunsch, die gewohnte Europareise zu machen, heute um so dringender die Befriedigung, als der Stand des Dollars und die europäischen Wechselkurse dem Amerikaner den Besuch der Alten Welt geradezu als ein Gebot der Sparsamkeit erscheinen lassen. Des weiteren spielt hierbei auch das Alkoholverbot der Vereinigten Staaten eine Rolle.

Vereine und Versammlungen.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Eine am 17. April stattgefundene außerordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Magdeburg beschäftigte sich mit dem bevorstehenden Verbandstag, der Delegiertenwahl, mit der Anstellung eines weiteren Beamten und mit andern Verbandsangelegenheiten. Ueber die Aufgaben des Verbandstags referierte Kollege Frenzel. Die Mehrzahl der zur Verhandlung stehenden Tagesordnungspunkte würde zu sachlichen Differenzen wenig Veranlassung bieten. Anders stünde es mit dem Punkte, die Arbeitsgemeinschaften, über deren Wert und Existenzberechtigung Meinungsverschiedenheiten herrschten. Bei objektiver Prüfung müßte aber zugegeben werden, daß die Arbeitsgemeinschaften zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens notwendig seien und diese zugleich auch die konsequente Fortführung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften darstellen. Dann erörterte der Redner in eingehender Weise die Verstragungen zwecks Gründung eines Nahrungsmittelindustrieverbandes. Der Verbandstag würde eine einmütige und unabweisende Entscheidung fassen, daß an eine Beschneidung oder Preisgabe irgendeines unserer Zuständigkeitsgebiete nicht gedacht werden kann. Bei der Statutenberatung müßte mit Rücksicht auf die fortschreitende Geldentwertung das gesamte Unterstützungswesen einer gründlichen Reform unterzogen und die dadurch entstehenden Mehrausgaben durch erhöhte Ginnahmen ausgeglichen werden. Die Mitgliederbeiträge sind so zu bemessen, daß dem Kampffonds neue bedeutende Mittel zugeführt werden. Sind sich die wählenden Delegierten ferner sicher, daß die Geschlossenheit des Verbandes unter allen Umständen zu wahren ist, dann werden die Beratungen und Beschlüsse des Verbandstags zum Wohle der gesamten Mitglieder ausfallen.

In der Diskussion sprachen alle Redner im gleichen Sinne. Als Kandidaten wurden aufgestellt: Frenzel, Dähms, Riese, Wichmann, Kleine und Dita. Dem Zentralwahlkomitee gehören an: Reinreich, Schippel, Klotz und Kunze. Der Antrag der Verwaltung auf Anstellung eines weiteren Beamten wurde nach kurzer Aussprache von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Ausschreibung der Stellung wird sofort im Verbandsorgan erfolgen. Die Bewerbungen sind an den Geschäftsführer Frenzel einzulegen. Im Verlaufe der Diskussion erhob sich noch eine längere Debatte über die Art der Versammlungs-Bekanntmachungen. Auf Antrag des Kollegen Mude wurde beschlossen, zukünftig die Versammlungsankündigungen den Mitgliedern durch Handzettel bekanntzugeben.

Vereins-Kalender.

Buchdrucker. Freitag den 23. April, abends 7 Uhr, Versammlung in der Aula des König-Wilhelm-Gymnasiums, Falkenbergstraße 10. — **Feierlich:** Sonnabend den 24. April, abds. 7 Uhr Zusammenkunft bei Holz, Fischertrugstr. 22.
Verband der Buchbinder und Papierbearbeiter. Montag den 28. April, abends 7 Uhr, Versammlung bei Lütjefeld, Knochenhauerufer 27/28.
Sachsenburger Gauenchor. Am Freitag den 23. April, abends 8 Uhr, Generaterversammlung im „Goldenen Uwe“, Halberstädter Straße 58. 1818
Arbeiter-Kadaverbund Solidarietät, Ortsgruppe Magdeburg. Am Sonntag den 25. April, vormittags 10 Uhr, Abfahrt nach Opatowitz, Treffpunkt für sämtliche Abteilungen im Stadion, Neue Reintage. 1827
Arbeiter-Turn- und Sportklub, 2. Bezirk, 2. Kreis. Montag den 26. April, abends 7 1/2 Uhr, Galed-rückertfeier bei Frau. Wollensblüter Str.
Arbeiter-Vereinsabend, Weg. Magdeburg. Sonntag den 25. April, vormittags 10 Uhr, Feiertag in „Friedrichsplatz“.
Obwohl-Otterleben. Männer-Gesangsverein. Jeden Freitag abend 7 1/2 Uhr Übungsstunde in den „Banjo-Gehtäten“. 1821

Wasserstände.

Ort	Wasserstand	Veränderung	Ort	Wasserstand	Veränderung
Brandenburg	21.4	—	Döben	22.4	—
Brandenburg	21.4	—	Gröbisch	22.4	+ 1.52
Brandenburg	21.4	—	Gröbisch	22.4	+ 2.48
Brandenburg	21.4	—	Hernburg	21.4	+ 1.55
Brandenburg	21.4	—	Halbe Oberpegel	21.4	+ 1.69
Brandenburg	21.4	—	Halbe Unterpegel	21.4	+ 1.11
Brandenburg	21.4	—	Ortzebe	21.4	+ 1.14
Brandenburg	21.4	—	Savel.	—	—
Brandenburg	21.4	—	Oberpegel	21.4	+ 2.14
Brandenburg	21.4	—	Brandenburg	—	—
Brandenburg	21.4	—	Unterpegel	—	+ 1.62
Brandenburg	21.4	—	Katzenow	—	+ 1.55
Brandenburg	21.4	—	Oberpegel	—	+ 1.55
Brandenburg	21.4	—	Katzenow	—	+ 1.17
Brandenburg	21.4	—	Unterpegel	—	+ 1.17
Brandenburg	21.4	—	Savelberg	—	+ 2.71

Wettervorhersage.

Freitag den 23. April: Zunächst aufklarend, milde, später wieder Regen. (Schluß des redaktionellen Teils.)

Du mußt Caligari werden.

„Ich lieb' sie ja gern“, sagte der Bauer, sich erhebend.
„Du läst sie, Vater?“ rief aufspringend die Kleine und freichelte ihm die Hand.
„Aber wär nit' g'scheiter, Burgerl!“
„Rein“, sie stampfte mit den Füßchen.
„Meintwegen, meintwegen“, sagte der Grasbodenbauer, er stand eine Weile unentschlossen. „Geh' ich halt jetzt und schau vorm Schloß nochmal in Haus und Hof nach. Gut' Nacht.“
Achselzuckend und kopfschüttelnd stieg er die breite Treppe, die nach dem Erdgeschoß führte, hinab, während Burgerl die schmale, steile Treppe, die unter das Dach führte, behend hinaufkletterte. Also sie mochte unterem Giebel. „Komm' Deni!“ rief sie.
Als diese ihr folgen wollte, ward sie von Sepherl, die das Gekzeug wegräumte, am Arme festgehalten. „Dah' Du's weicht“, flüsternde ihr die Alte zu, „Nicht und Feuerzeug stehm auf'm großen Waschkasten. Hast ein' schweres Kreuz auf Dich g'nommen. Gute Nacht!“
„Deni“, rief es von oben.
Magdalena eilte die Stufen hinan und den traten die beiden Mädchen in das kleine Stübchen.
„Soll'n wir uns nit' Licht' machen?“ fragte Magdalena.
„Wozu?“ fragte Burgerl entgegen. „Es ist hell genug, daß wir allzwei ins Bett finden, das meine steht da, das Deine an der Wand gegenüber. An dem Waschkasten neben der Tür und an dem Waschkasten zwischen 'n Fenster laßt' Dich nit' stoßen, wann Du's an dem klein' Tisch und den zwei Stühl' nit' lust, so wüßt' ich nit', wie Du's sonst zuwegen bräuchst, denn weiter is nit' da.“
Die gute Larne des Kindes beruhigte Magdalena, welche die Andeutungen des Großvaters, das Gespräch des Vaters und die Worte der alten Magd schon bejagt gemacht hatten, um so bejorgter, da ihr nicht klar war, was sie eigentlich zu befürchten hatte.
Außer dem Gebell der Hunde, das manchmal von fern erscholl, ohne sich dem Ohr aufzudrängen, war kein Laut im Dorfe hörbar, und Schweigen der Nacht lag weit über das Land gebreitet. In dieser tiefen Stille wollten eben Magdalena wehmütige Gedanken an ihren Heimatort begehren, an alle, die sie dort verlassen mußte, und warum sie das mußte — plötzlich

schreckte sie empor, von der Wand gegenüber tönte ein eigenartiges Geräusch; wie unruhig mußte sich das Kind gehaben, da das Bett unter ihm schüttelte?
Nachd erhob sie sich vom Lager, trat an den Waschkästlein und tastete nach dem Feuerzeug.
„Kein Licht“, rief das Kind, „kein Licht, Deni!“ Aber es sprach das mit so entsetzlicher Stimme, daß Magdalena sich nur schneller mühte, Licht zu gewinnen, und als jetzt der Docht der Kerze aufleuchtete und sie hinzutrat, da streifte ihr Fuß an die herabgewinkelte Decke und im Werte lag das Kind, den kreidigen Körper entblößt, jedes Glied deselben unter regellosem, wilden Zudringen herumgeworfen, das Auge stier, dem Mund verzerrt.
Emstfess stand Magdalena und drückte die gefalteten Hände vor die Brust, aber das Grauen wich, als die Kleine zu Hängen begann.
„Sagt' ich's? Kein Licht! Nun schreiß' Dich auch vor mir und magst' mich mürmer, wie mich alle scheuen, die Kinder, wenn ich mit ihnen spielen will, die Großen, wenn ich möcht, daß's gen' mich freundlich wär'n. Den Weitsäug, sagen's, häit' ich. Da siehst, wie das ist. Ich bin nit' Herr über meine Füß', nit' über meine Hand', daß' auch über mein' Zunge nit'. Unterdrück' ich's tagüber mit aller Gewalt, überkomm't's mich nachts nur ärger. O, Deni, ich hab' doch nit' ang'stellt, kein' Menschen hab' ich was an'tan, noch 'n Herrgott im hohen Himmel oben beleidigt, g'weg'n' Leid ich denn?“
Da beugte sich Magdalena mit tränenden Augen über sie, und ein heißer Tropfen netzte die bleiche Wange des Kindes.
„Um 'n Hals“, lallte dieses aufgeregt, „um 'n Hals.“
Was wollte es nur — fragte Magdalena — doch nicht um den Hals genommen sein, den es unaufhörlich drehte? Da begriff sie, softe die armen, zuckenden Armechen, legte sie sich um den Nacken und hielt sie da fest. „Ich tu' mich nit' scheuen“, jagte sie dabei, „ich scheu' Dich nit', Burgerl.“
Der Mund der Kleinen verzerrte sich, häßlich, nichtsfagend, nur in den Augen, die sich für einen Blick ganz öffneten, sprach es sich aus, daß sie lächeln gewollt.
(Fortsetzung folgt.)